

# Vereins-Anzeiger

Organ des

## Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hüttekasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 29	Erscheint alle Sonnabend. Abonnementssatz Mf. 1.50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus Großstraße 1. Fernspr. 6, 8248.	Hamburg, Sonnabend, 19. Juli 1913.	Anzeigen kosten die fünfgesparte Non- paraillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzusenden). Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.	27. Jahrg.
--------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------

### Bekanntmachung.

Die Generalversammlung in Halle a. S. hat beschlossen, daß die Wahl der Delegierten zu dem am 11. und 12. August in Leipzig stattfindenden

### Bauarbeiterkongress

(die Tagesordnung ist in Nr. 27 des „V.-A.“ bekanntgegeben) durch allgemeine Wahlen vorgenommen werden sollen.

Auf unseren Verband entfallen 34 in den Filialen zu wählende Delegierte.

Diese sind vom Vorstand gemäß den Vorschlägen der Agitationskommission nach den Mitgliederzahlen auf die verschiedenen Filialen und Wahlstellen verteilt worden.

Wir lassen die so festgesetzte

### Wahlkreiseinteilung

folgen:

1. Wahlkreis: Berlin: 3 Delegierte.
2. " Danzig, Graudenz, Königsberg, Thorn, Lissa: 1 Delegierter.
3. " Beuthen, Breslau, Neisse, Oppeln: 1 Delegierter.
4. " Brandenburg, Cölln, Greifswald, Kolberg, Köslin, Nowawes, Oranienburg, Potsdam, Preußisch, Rathenow, Spandau, Stettin, Stralsund, Wittenberge: 1 Delegierter.
5. " Cottbus, Finsterwalde, Forst, Frankfurt a. d. O., Fürstenwalde, Grünberg, Guben, Hirschberg, Hoyerswerda, Landsberg a. d. R., Liegnitz, Lissa, Luckenwalde, Posen, Sagan, Schneidemühl, Sorau, Spremberg, Waldenburg, Weißwasser: 1 Delegierter.
6. " Frankfurt a. M., Hanau, Höchst: 1 Delegierter.
7. " Cassel, Friedberg, Gießen, Hersfeld, Marburg: 1 Delegierter.
8. " Aschaffenburg, Darmstadt, Offenbach, Worms: 1 Delegierter.
9. " Mainz, Wiesbaden: 1 Delegierter.
10. " Koblenz, Kreuznach, Oberstein, Saarbrücken, Trier: 1 Delegierter.
11. " Hamburg: 2 Delegierte.
12. " Göttingen, Celle, Hannover, Hildesheim: 1 Delegierter.
13. " Bremen, Oldenburg: 1 Delegierter.
14. " Flensburg, Güstrow, Kiel, Lübeck, Neumünster, Rostock, Schleswig, Schwerin, Wismar: 1 Delegierter.
15. " Braunschweig, Bremerhaven, Cuxhaven, Emden, Lüneburg, Wilhelmshaven: 1 Delegierter.
16. " Köln, Duisburg: 1 Delegierter.
17. " Düsseldorf, Elberfeld: 1 Delegierter.
18. " Dortmund, Essen: 1 Delegierter.
19. " Aachen, Bielefeld, Bochum, Detmold, Düren, Hagen, Hamm, Herford, Lüdenscheid, Melle, Münster, Oschersleben, Recklinghausen, Siegen: 1 Delegierter.
20. " Eisenach, Eisenberg, Erfurt, Gotha, Weimar: 1 Delegierter.
21. " Bernburg, Dessau, Eichwege, Halle, Magdeburg, Merseburg, Naumburg, Nordhausen, Weißenfels: 1 Delegierter.
22. " Gera, Jena, Leipzig: 1 Delegierter.
23. " Altenburg, Chemnitz, Crimmitschau, Glauchau, Meissen, Zwickau: 1 Delegierter.
24. " Bautzen, Bischofswerda, Coburg, Elsterwerda, Freiberg, Görlitz, Großenhain, Kamenz, Liebenwerda, Löbau, Meißen,

- Neugersdorf, Pirna, Plauen i. B., Nadelberg, Riesa, Schandau, Sebnitz, Weinböhla, Werbau, Zittau: 1 Delegierter.
25. Wahlkreis: Dresden mit den übrigen Wahlstellen: 1 Delegierter.
26. " Stuttgart: 1 Delegierter.
27. " Dießenhofen, Heidelberg, Kaiserslautern, Landau, Mannheim, Mayen, Neustadt, Pirmasens, Speyer: 1 Delegierter.
28. " Colmar, Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Lindau, Lörrach, Mühlhausen, Pforzheim, Radolfzell, Singen, Straßburg: 1 Delegierter.
29. " München: 1 Delegierter.
30. " Nürnberg: 1 Delegierter.
31. " Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Hof, Ingolstadt, Kempten, Kulmbach, Passau, Regensburg, Reichenhall, Rosenheim, Schweinfurt, Würzburg: 1 Delegierter.

### Aufstellung der Kandidaten.

In den Filialen sind, wie diesen bereits durch Circular mitgeteilt wurde, in den Mitgliederversammlungen die Kandidaten für die zuständigen Wahlabteilungen aufzustellen. Die Aufstellung der Kandidaten geschieht durch eine Abstimmung mittels Stimmzettel oder durch Ablamimation über die aus den Mitgliederkreisen gemachten Vorschläge. Die Mehrzahl der Stimmen ist entscheidend für die Kandidatur. Der Name und die Adresse des Kandidaten sind sofort durch die Filialverwaltung bis spätestens den 21. Juli dem Vorstande mitzuteilen.

Kur die auf diese Weise bestimmten Kandidaten können bei der Delegiertenwahl zugelassen werden.

Die Zahl der Kandidaten für die Wahlabteilungen Nr. 1, 6, 11, 25, 26, 29, 30 darf das dreifache der Zahl der zu wählenden Delegierten nicht übersteigen. Für die übrigen Wahlabteilungen ist durch jede Filiale bzw. aufgeführte Wahlstelle nur ein Kandidat aufzustellen. In den Wahlkreisen, wo nur zwei Filialen einen Wahlkreis bilden, können in jeder Filiale zwei Kandidaten in Vorschlag gebracht werden. Die Namen der aufgestellten Kandidaten werden dann vom Vorstande den einzelnen Filialen mit dem Wahlprotokoll zugesandt.

### Wahl-Reglement.

1. Die Wahl der Delegierten muß in einer Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung „Wahl der Delegierten zum Bauarbeiterkongress“ vorgenommen werden. Die Wahl ist als erster Punkt der Tagesordnung zu setzen. Eine so anberaumte Versammlung darf wegen schlechten Besuchs nicht vertagt werden.

2. Jedes Mitglied, das nicht über vier Wochenbeiträge schuldet oder nach § 6 des Statuts seine Beiträge hat stunden lassen, kann an der Wahl teilnehmen.

3. Die Wahl ist eine geheime und geschieht durch Stimmzettel, die eigens von der Filialverwaltung angesetzt, mit dem Stempel der Filiale versehen, den Mitgliedern in der Versammlung zugestellt werden.

4. Nach der üblichen freien Diskussion über die Kandidaten wird in der betreffenden Versammlung eine Wahlkommission von drei Mann durch Ablamimation gewählt, die das Verteilen und Einsammeln der Stimmzettel zu vollziehen, sowie das Resultat der Wahl festzustellen hat. Das Resultat der Wahl ist sofort nach Feststellung durch die Kommission in der Versammlung bekanntzugeben und vom Schriftführer der Filiale in das Wahlprotokoll einzutragen.

Bei den Wahlen, die sich über mehrere Orte und auf mehrere Delegierte erstrecken, sind Bezirkswahlen zulässig.

Mitglieder von Wahlstellen, denen es der Entfernung halber unmöglich ist, an der Wahlversammlung der Filiale teilzunehmen, können auf Grund dieses Reglements selbstständig die Wahl vornehmen, jedoch haben die Wahlen an dem gleichen Tage stattzufinden, an dem

die Wahl in der Filiale vorgenommen wird. In beiden Fällen ist das Wahlergebnis nebst Stimmzetteln sofort an die Filialverwaltung zu übermitteln. Diese hat in Gemeinschaft mit der Wahlkommission am Tage nach der Wahl zusammenzustellen.

Das überreinstimmende Wahlergebnis ist von der Kommission wie auch durch die Filialverwaltungsmitglieder als richtig mit Namensunterschrift in das vom Vorstand übermittelte Wahlprotokoll einzutragen.

Bei allen Wahlen der Delegierten entscheidet die absolute Majorität.

5. Die eingegangenen Stimmzettel sind durch die Wahlkommission aufzubewahren und im Falle eines Protests gegen die stattgefundenen Wahlen auf Verlangen dem Vorstande einzusenden.

Das Resultat der Wahl hat spätestens bis zum 28. Juli in Händen des Vorstandes zu sein, um die etwa notwendigen Stichwahlen anzurufen zu können. Das Resultat der Stichwahlen muß bis zum 5. August beim Vorstand eingestellt werden.

Resultate, die nicht bis zu dem oben angegebenen Datum eingeführt werden, können keine Verlässlichkeit finden.

Des Vorstandes.

### Selbige Rechtsanschauungen.

Man kennt das schöne Lied, das der Dichter Chamisso den Reaktionären in den Mund legt und das mit dem Achtzehn schlicht: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut!“ Wenn er nur im Sinne der Volksverbündner und Volksausbeuter handelt, mag der Fürst im übrigen wirtschaften wie er will. Ob er die größten Gemeinheiten begeht, ob er seine Landeskinder wie eine Hammelherde ins Ausland verlässt, ob er das Mark des Landes aussaugt und den Schweiß der Bewohner verpräßt, alles soll ihm verziehen sein, wenn er sich nur stets als den Beauftragten der Reaktionäre betrachtet und ihre Befehle ausführt. Diesen selben Standpunkt nimmt das Ausbeuterium auch den Gerichten und den Richtern gegenüber ein. Solange diese, aller Gerechtigkeit zum Hohn, lediglich das Interesse des ausbeuterischen Kapitals vertreten, werden sie gehobhüdt und als Hüter des Rechts hingestellt, wenn sie aber bei ihrem Tun und Lassen die Aussöhnung durchschimmen lassen, daß auch die Arbeiter gewisse Rechte haben, so werden sie mit Dreck beworfen und für Verbrecher am Staatsrecht erklärt.

Vor kurzem hat der Amtsgerichtsrat Dr. Herz in Harburg, der Reichstagskandidat der freisinnigen Volkspartei, in einem Hamburger Frauenverein einen Vortrag über den „Siegeszug des Organisationsgedankens“ gehalten und darin auch den freien Gewerkschaften Gerechtigkeit widerzuhören lassen. Hierüber geriet die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ förmlich aus dem Häuschen und in einem wutschauenden Artikel, der die geschmacvolle Ueberschrift „Richterrobe und Ballonmütze“ trägt, pöbelt sie den Redner in der gemeinsten Weise an:

Gewiß ist es ein schauerlicher Unsin, den Herr Dr. Herz zusammengeredet hat; und wohl auch seine eigenen Parteifreunde — er ist Führer des Harburger Kreislands — werden über seinen Phrasenschwall nicht sehr erfreut gewesen sein. Immerhin lassen seine Ausführungen keinen Zweifel darüber aufstehen, daß er als Sozialpolitiker genau auf demselben Boden steht wie die Exaltados der Sozialdemokratie. Er, der Richter, der zur Auslegung des geltenden Gesetzes herzufließt, tut sich im Kreise der Hamburg-Altonaer Stimme weiter als Vertreter einer Rechtsauffassung auf, die in abjolutem Gegensatz steht zu dem, was seinem gerichtlichen Wirken als unverbrüchliche Norm zu gelten hat. Soll ich nun etwa irgendein Arbeitgeber, der im Rechtskreis mit den von ihm beschäftigten Leuten oder deren Organisationen steht, der angenehmen Zuversicht hingeben, daß seiner Sache von einem solchen Richter die gleiche Würdigung zuteil wird wie der der Gegner, deren offen zugestandene Absicht es ist, ihn mit Hilfe der sozialdemokratischen Organisation auf dem Wege zum nächsten Kleinkrieges zur Kapitulation vor Kolletivismus und Kommunismus zu zwingen? Herr Dr. Herz, dieser freisinnige Pionier des sozialdemokratischen

Zulässigkeit, bekennt als seine Überzeugung, daß die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung einen Ausschluß der Feindseligkeit der Regierung gegen die Arbeiter darstellen. Er erklärt, noch weit hinaus über Herrn Professor Lujo Brentano, daß die nationalen Arbeitervereinigungen Streikbrecherorganisationen sind, für deren Verhalten ausschließlich Begriffsstuhlgkeit oder Verraterei an der Sache der Arbeiterschaft maßgebend sind. Er verhöhnt die Wohltätigkeitsmaßnahmen des Unternehmers; er stellt den Kartellen, deren wirtschaftliche Zweckmäßigkeit er selbst nicht zu bestreiten vermag, die mit der Sozialdemokratie unlöslich verknüpfte Gewerkschaftsbewegung gleich; er verlangt, und das ist schließlich die Hauptthese, daß Streikvergehen nicht etwa unter dem Gesichtspunkte des gemeinen Rechts, sondern unter dem juss derselben „sozialen Gerechtigkeit“ zu beurteilen sind, die den Verbrecher darum straflos lassen will, weil nur die Verhältnisse, unter denen er lebt, ihm schuldig machen. Dieses politische Glaubensbekenntnis mag ihn zum höchst brauchbaren Parteigänger stempeln; aber ein vollkommen unlösbares Rätsel ist es wie er mir solchen Ansichten die Tätigkeit zu vereinen gedenkt, bei denen Ausübung er sich mit Richtertalar und Richtermütze bedeckt.“

Der Schriftsteller, der diesen Artikel verbrochen hat, zieht auch die entsprechenden Folgerungen: „Es liegt der Verdacht vor, daß wir es hier keineswegs mit einem Ausnahmefall, sondern mit einem Typus zu tun haben; mit einem Typus, der ebenso für die Gegenständlichkeit der vorerwähnten Beschwerden des Unternehmers und der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft über ungenügenden Rechtsschutz wie für die Verjährung der zuständigen Instanzen zu etwas fortwährender Tücke des Materials zeugt, aus dem man der Thesen Altäre errichtet. Denn das ist doch klar, je mehr die Sozialdemokratie es darauf anlegt, die breite Masse mit Mithrauen gegen die Grundsätze zu erfüllen, auf denen die gesetzliche Rechtsordnung beruht, um so schärfter sollte der Staat darüber wachen, daß zum wenigsten die Funktionäre dieser Rechtsordnung selbst davon Abstand nehmen, solchen Mithrauen außerhalb der Räume ihres amtlichen Wirksamkeitsschauplatzes zuzuführen.“ Die dünnen Worte heißt das also, daß der Staat die Räume hat, von den mithin der Thesen, nämlich den Nationalsozialen, welche keine herauszuholen, die soziale Empfinden und ein ausgeprägtes Rechtsgesühl besitzen, und nur solche Leute darauf zu setzen, die sich als Werkzeuge des Ausbeuterstaats und als gehorsame Diener des Kapitals fühlen. Nicht unparteiische Richter will man, die nach bestem Wissen und Gewissen Recht sprechen, sondern seien Kreaturen, die zugunsten der Unternehmer das Recht bauen. Daraus läuft die Schimpferei des Schriftstellers hinaus, alles andre sind nur leere Redensarten.

Wer den Reichstag und Konferenzen in sozialem wieder ein Unglück zugeschlagen und sie jammern wie getretene Hunde. Zu ihrem großen Schmerze hat der frühere

bayerische Minister von Landmann, eine unbestrittene Autorität auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, einen beachtenswerten Artikel veröffentlicht, worin er die Zulässigkeit des Streikpostenscheinens ausdrücklich verteidigt, da die Kontrolle der Arbeiter durch Streikposten der Kontrolle der Unternehmer durch schwarze Listen entspreche. Ebenso gut wie die Unternehmer das Recht haben müssen, ungeeignete und unwillkommene Arbeiter von ihren Betrieben fernzuhalten, ebenso gut müssen auch die streikenden Arbeiter das Recht haben, nach Möglichkeit arbeitswillige Kollegen von einem bestellten Betriebe fernzuhalten: „Man wird davon ausgehen müssen, daß bei den wirtschaftlichen Kämpfen, insbesondere bei den gewerblichen Kämpfen um die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Überwachung des Gegners ein berechtigtes und insofern auch ein notwendiges Kampfmittel ist, als diese Überwachung es dem streikenden Teile ermöglicht, leichter zu beurteilen, ob der Kampf erfolgreich sein wird oder ob er aussichtslos ist und daher eingestellt werden muß.“

Diese Aussöhnung vom gleichen Recht für alle entspricht sicherlich dem Rechtsgefühl des Volkes und auch dem gesunden Menschenverstande. Dennoch läßt sich nicht abschließen, warum in einem modernen Rechtsstaat der wirtschaftlich Stärkere anders behandelt werden soll als der wirtschaftlich Schwächere. Die Idee des Rechts geht ja geradezu dahin, alle Unterschiede wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Art hinter der rechtlichen Gleichheit zurücktreten zu lassen. Millionär und Arbeiter, Großgrundbesitzer und Tagelöhner, Graf und Bürger, ein hochstudierter Professor und der schlichte Mann aus dem Volke, alle diese Leute, so sehr sie sich voneinander unterscheiden, sind vor dem Geschehe gleich und sollen auch als gleichberechtigt behandelt werden. Diese Gleichheit vor dem Geschehe ist die Grundlage unsres heutigen Staates, weshalb sie auch in der Theorie kaumhaft aufrechterhalten wird. Selbst der deutsche Kaiser hat vor Jahren mehrmals zum Ausdruck gebracht, daß Arbeiter und Unternehmer gleichberechtigt seien und auch als Gleichberechtigte behandelt werden müßten. Leider bemerkte man in der Praxis der Rechtspflege und der Rechtsprechung viel zu wenig von dieser schönen Theorie und es wäre wohl wünschenswert, daß Theorie und Praxis miteinander in Übereinstimmung gebracht würde.

Den Schriftstellern paßt weder die Gleichberechtigungstheorie noch die Gleichberechtigungspraxis in ihren Raum, sie haben sich zu sehr in die Aussöhnung hineingelegt, daß der Arbeiter weniger Rechte haben müsse als der Arbeitgeber. Daraus erscheint ihnen auch der Standpunkt des früheren bayerischen Ministers als höchst gefährlich. Zwar können sie ihn nicht als Vollzugsenträger hinstellen wie den simplen Amtstrichter aus Harburg, aber sie spielen ihm doch sehr böse mit, indem

sie sein folgerichtiges Denken in Zweifel ziehen. Sie werfen ihm vor, daß er ganz ungleiche Sachen, wie Streikpostenscheine und schwarze Listen, miteinander vergleiche und daß er die juristischen Begriffe wie Strafe und Milderung durcheinander werfe. Aber der schlüssige Vorwurf, den sie ihm machen, ist der, daß er Optimist sei, der die wirtschaftlichen Kämpfe durch eine rosenrote Brille betrachte, der seine Augen absichtlich vor der Wirklichkeit verschließe und nicht sehen wolle. Und dann zaubern sie die angeblichen rohen Ausschreitungen der Streikenden hervor: „Es müssen erst noch mehr Arbeitswillige mit Messern verlebt und zu Boden geschlagen werden, bevor gewissen Leuten die Augen aufgehen. Es ist nur bedauerlich, daß ein Mann wie Landmann sich hier für eine Angelegenheit ins Feld stellt, die, ihres Mantelschens beraubt, sich als eine der unerquicklichsten Machenschaften darstellt, mit denen die streikenden Arbeiter ihre Bewegung einleiten.“ In demselben Atemzug schließen sie auch noch einen Staatsanwalt ab, der in einer Anklageschrift den Grundsatz vertreten hat, daß auch eine Gewerkschaft denselben Anspruch auf den Schutz der Gewebe habe, wie jede andre Organisation. Man lese nur die von sitzlicher Entlastung überschäumenden Sätze: „Man sieht, wie weit man vom Wege abkommen kann. Der Vertreter des Staatsanwalts tritt für Leute ein, die es offenbar darauf anlegen, den gleichmäßigen Gang der Entwicklung im sozialen Leben zu zerstören. Der Vertreter der Anklage vertreibt die gleichen Ideen wie Landmann. Die (Arbeiter-)Organisation hat, nach der Meinung des Staatsanwalts, das Recht, den Gegner zu bekämpfen, aber man überseht dabei häufig, daß es sich nicht um einen Kampf handelt, der mit reinen Waffen und mit untauglichen Absichten geführt wird. Solange die (Arbeiter-)Organisationen ihre bisherige Taktik befolgen, solange verdienen sie keinen Schutz im Rechtsstaate.“

Hier heißt es mit dünnen Worten, daß alle Organisationen, die die kapitalistische Ausbeutung bekämpfen, rechtslos und schwach sind. Das sind wirklich seltsame Rechtsanschauungen, Herr von Reiswitz, und Sie haben tatsächlich recht, wenn Sie am Schlusse Ihres Artikels ausrufen: „Es ist wirklich kein Wunder, wenn der einfache Mann an allem irre wird, wenn er an jeder Autorität zweifelt, wenn jeder Glaube an ein Recht und an einen Rechtsstaat verloren geht.“ Das Verdienst dieses Resultats erzielt zu haben, können sich die Herren Schriftsteller zuschreiben, die mit dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes Schindluder treiben und das gleiche Recht für alle mit führen treten.

## Argentinien.

(Schluß)

Am politischen Leben ist alles total bis auf die Knöder, wie z. B. Zarmiento, bedeutender Schriftsteller und wirtschaftsleidender Reich einmal im tiefsen Schmerz über all die Unwissenheit, Ungerechtigkeit und Kettenhaft antrief. „Alles haben wir in diesem prächtigen Amerika, nur keine Gerechtigkeit, — keine Freiheit!“

Unter seinen Präsidenten hat es Tyrannen gegeben, wie einen Bosas, welche würdige Nachfolger Javans des Edelstahl waren.

Doch wo ein Zar, ist auch ein Tsar. So sind auch hier zwischen alten Lügen und Gewalttätigkeit Männer aufgetreten, die mit ganzer Hingabe und Ausopferung, mit unerschöpflicher Liebe zum Volk den Kampf aufnahmen. Der sennerswerte Schriftsteller warnt es besonders Alvarado und C. A. Zarmiento, welche meinte, daß man, was uns gegeben, jedoch ohne Ironie, die aus dasselbe los zu lassen. Es ist überhaupt eine Eigentümlichkeit argentinischer Reiche, daß inmitten der größten Missverhältnisse Reichen entstehen, die sich himmelweit über die Segenreicher erheben, während der gemeinsame Arbeiter nicht gleichmäßig verteilt ist, und wer das Glück hat einen solchen Ausnahmestandort zu besitzen, hat einen Schatzkessel fürs Leben, der sich freudig in das über ihm geplante Seide füllt. Das einzige, gewollte Ziel der großen Arbeit ist, auf dem Sägemehlberg die Straße von Ustizien zu schaffen, wie es ein gefährlicher Krieger rief, der den für ihn daraus entstehenden Tod dem Feind Jesu Christus vorzog, oder was eine einfache Person in einer spanischen Dorfstraße, als der Sohn Jesu Seine für die Menschen Freude erwartet, „Es lebe die Republik!“ wird niemand mehr hören.

Das Schicksal hat jeden Argentinier nach 18 Jahren der Unabhängigkeit, die das Fürstentum erfreuen wollten, keinerlei bedeutende gesamtstaatliche Schwierigkeiten gemacht, ob die koloniale britisch-amerikanische Besitzerschaften, welche ausschließlich den Arbeiter als verlustreiche Zeit nutzt, und ihm gelingt die Züge verdecken und angedeutet. Der Schriftsteller war jedoch öffentlich und behielt vor dem Unabhängigkeitsfeier. Auf den Parteien sag der Schriftsteller mit den Arbeitern wie mit einer Geschwadere pern Konservativer in die Höhe; der Abgeordnete war nicht ein Agrarier oder Fabrikarbeiter, doch immer mit dem End Ziel, welcher für die Partei hier nicht wie der anderen ist. In den Städten wurde mit den Bürgern ein Wettbewerb gehabt zwischen: Globus und dem Sozialen, um die Städte möglichst hohe Feste zu erzielen, für diese wurden Städte eingerichtet, deren Einwohner mehrmals, und wenn einem Körper der Städte die Züge zu klein gingen, wurde ein Stadtkreis erneuert und das Stadtkreis benannt. Eine Partei war die, die andere gründete sich; in der Wahlbewegung

drehte sich alles um die Schlagwörter: „Patriot, Vaterland, Religion, Gott, Freiheit, Ehre, Ewigkeit.“ Es wäre sicher nicht nötig gewesen, sich vor 100 Jahren von der spanischen Herrschaft loszureißen, lieber hätte das Land auch als spanische Kolonie nicht jünen können. Inzwischen all dieses Untergangs hat die vor mehr als zwei Jahrzehnten gegründete sozialistische Partei wie eine Phalanx aus Edelstahl dagestanden: Wahlerhaltung oder Wahlkandidatur, das war stets die Parole. Daß ein großer Idealismus dazu gehört, um viele Jahre ohne jeden neuemswerten Fortschritte die Kräfte einzusehen, daß eine Kampfesfreude nötig ist, um gegen den Unverbund und ungeliebten Egoismus der großen Masse der Erziehungsberater, denen jedes Mittel zur Sicherstellung recht ist, Front zu machen, daran wird niemand zweifeln. Wie nötig es ist, erst einmal klare Koppe zu schaffen, beweist einem jeden die Konversion mit den der Arbeiterschaftsregierung Fernsiedlungen: jede Generation hat nicht oder weniger den Sinn: „Alle sollen wir nicht gleich sein.“ Dieser Mönch, mit einer rassierten Zuzug durch die Kirche der Bourgeoisie in die Masse geschleudert, riß nicht unzählbare Schaden an.

Zeit einem Jahre ist nun ein neues Wahlgesetz in Kraft, welches obligatorische und geheime Wahl vorsehst. Als Legitimation dient der Bürgerbrief, enthaltend Photographie und Fingerabdruck. Den Mogelnern ist hiermit so ziemlich der Boden entzogen, doch wurden trotzdem bei der ersten Wahl nach diesem Plakat auf Schreitwort (?) und vergleichenden Stimmen verlaufen.

Die Sozialdemokratie konnte für Buenos Aires zwei Abgeordnete durchbringen unter 148 Vertretern der Nationen, von denen zum Glück die Hälfte niemals anwesend ist. Das jähne Bewußtsein wird einem auch hier, daß sich die wichtigsten Männer der Nation zu wichtigen weltumspannenden Idee halten. Die große Zahl der hiesigen Untertanen steht ungefähr auf der Zehntausendstel des Freiheitsstaates zogen dieselben wie eine wilde Horde durch Buenos Aires, im geheimen Einvernehmen mit der Polizei, stellten einen Soldaten in Brand und brachten mit den brennenden Scheitern ihrer Schmiede einen Feuerzug; sie zerstörten und zerstörten die Unternehmen der Arbeiterschaften, vor ihrer Brüderlichkeit den Hut abzunehmen. Die größte und unangenehmste Zeitung der Bourgeoisie schrieb am folgenden Tage: „Es handelt sich um verachtliche Alle unter Jungen.“ Bei der in den letzten Monaten jellenden Seife der Arbeiterschaft wurde von dem berüchtigten Falcon mit Hilfe von bewaffneten schwulen Polizisten, welche der Volksschand auch sozialen Meant, ein Blutbad angerichtet. Sechs Arbeitnehmer wurden getötet und viele verwundet. Falcon wurde kurz darauf von einem 19jährigen Jungen in die Luft geworfen.

Diese Zeit schrankenloser Willkür von Regierung und Polizei brachte einen Ausnahmezustand und darauf Ausnahmegesetze; wie ich schon erwähnte, ähnlich denen des einzigen deutschen Sozialistengesetzes. Die tüchtigsten Arbeiterschäfer sahen sich standig von Spionen umgeben und die Denunziation von jedem Streikbrecher, der sich angemeldet glaubte, war bare Münze. Daraufhin folgte Ausweisung in kürzester Frist oder Verbannung in unwirtliche Landstriche. Eine Hauptschuld an allen diesen Nebeln und Ungerechtigkeiten trägt der Katholizismus, der, wie ein Abgeordneter kürzlich auf einem Kongress sagte, wie ein Vampir die amerikanischen Länder aussaugt. Die aus Portugal verjagten Geistlichen wurden vom Präsidenten Sacu Pena aus freundschaftlich aufgenommen und mit Staatsländereien —! beschafft. Auf den drei Universitäten, welche hier im Lande sind, hat die Theologie keinen Lehrstuhl, doch besitzt sie zahlreiche Seminare, von wo sie ihre schwarze Garde zur systematischen Verdunstung ihres Landes sendet. Die Früchte sind: Krotosfer, Abergläubische, Kurzschlusser, Gefüngstbetreter usw.

Dies ist das Bild, das ich den Genossen übermitteln kann; ich möchte es gerne geschildert machen, doch dann könnte ich dabei nicht mehr wahr sein. Nach bestem Gewissen muß ich jeden verherratenen Arbeiter warnen, nach hier auszuziehen; dem ledigen Handwerker, besonders Bauhandwerker, kann ich es empfehlen. Beimelde aber, daß er für die ersten zwei Jahre, die er unabdingt bei größter Energie zum Erlernen der spanischen Sprache nötig hat, Widerwärtigkeiten und Entbehrungen in den Raum nehmen muß, denn ohne Sprachkenntnisse ist er nur ein halber Mensch. Nachdem wird er, alles in allem genommen, eine kleine Verbesserung gegen drüber erreicht haben, zumal er auch eine durchauslich bessere Berufsausbildung wie der Spanier, Süditalianer und Argentinier genommen hat.

Besieht sich vor allem niemand auf deutsche Unternehmer im Auslande; ich habe vor keiner Nationalität eine so rassinierte Ausbeutung der Landsleute gesehen. Das gebräuchlichste Mittel ist, pro Tag 1—2 M. weniger zu bezahlen, „weil man die Sprache nicht kann“. Jeder Kind leuchtet es wohl ein, daß man ohne Sprache gleich viel und mehr arbeitet. Geradezu berücksichtigt ist die Romaniere Ph. Holzmann hier geworden, deren Arbeitssamkeit und Geschäftsmaterial geradezu standhaft sind. Die Madame h. kann da wohl leicht in Frankfurt a. M. wegen ihrer Vornahmekeit kaufen erwerben.

„Je jünger, desto besser“, diese Worte haben für Auswanderer einen Prinzipialwert. Rehme jeder auswandernde Arbeiter den festen Vorsatz mit, an der zähnen, gut bewährten Organisationsarbeit festzuhalten. Die Worte der Proletarier aller Welt sind auf euch deutscher Genossen als die Pioniere der Arbeiterbewegung gerichtet.

Buenos Aires.

Wohl hilgendorf.

## Bericht von der 14. Generalversammlung unseres Verbandes in Halle a. d. S.

(Schluß.)

Nach Erledigung des Punktes über die Unterstützungslehrungen in unserer Organisation durch die Annahme der Vorlage zur Erwerbslosenunterstützung erfolgte die Beratung der vorliegenden Anträge.

Die Statutenberatungskommission, die eine außerordentlich schwierige Arbeitslast zu überwältigen hatte, mußte nicht nur zu der Vorlage des Vorstandes, sondern selbstverständlich auch zu allen anderen zu untersuchten eingreichen und zu den besonderen Anträgen Stellung nehmen.

Der Berichterstatter Kollege Delle gab mit kurzen Begründungen das Resultat der Beratungen bekannt, das er auch dem Plenum der Generalversammlung zur Annahme empfahl.

Angekommen wurde:

An Stelle des § 5 treten im neuen Statut folgende Bestimmungen zum Beitrag:

Der Beitrag für männliche Mitglieder beträgt pro Woche für die Hauptklasse:

a) in der 1. Beitragsklasse ..... 60 Pfg.

b) " " 2. ..... 80 "

c) " " 3. ..... 100 "

Für die Ausgaben in den Filialen haben diese mindestens einen Zuschlag für die Beitragsmarke von 10 Pfg. zu erheben. Ein höherer Zuschlag bedarf der Genehmigung des Verbandsvorstandes.

Jedes Mitglied kann sich die Beitragsklasse selbst wählen und ist berechtigt, außer der Zeit des Bezuges von Unterstützung die Beitragsklasse zu ändern.

Mitglieder, die sich nicht mehr im Vollbesitz der Arbeitskraft befinden, können der zweiten oder dritten Beitragsklasse nicht beitreten.

In Lohnabrechnen, in denen der Tariflohn für Kollegen unter 20 Jahre 40 Pfg. und darüber beträgt, kann auf Beschluss der Filiale und unter Zustimmung des Vorstandes eine Vorklasse errichtet werden. Dieser Vorklasse können nur solche Mitglieder beitreten, die keinen höheren Lohn als 45 Pfg. haben. Mitglieder, die unter 18 Jahre alt sind und nicht mehr als 3 Mtl. Tagesverdienst haben, können gleichfalls der Vorklasse beitreten.

Der Beitrag in dieser Vorklasse und für weibliche Mitglieder beträgt 40 Pfg. mit einem Zuschlag von mindestens 5 Pfg. für die Filialklasse.

Der Beitritt zu dieser Klasse ist freiwillig.

Einzelmitglieder, die an Orten arbeiten, wo sich keine Verwaltungsstelle des Verbandes befindet, haben nebst dem Beitrag für die Hauptklasse den Filialbeitrag von 20 Pfg. pro Woche mit abzuführen.

In außerordentlichen Fällen kann durch Beschluss des Vorstandes und Beirates eine Erhöhung der Beiträge beschlossen werden. Ebenso kann bei größeren Streiks und Aussperrungen ein Extrabeitrag von den Arbeitenden erhoben werden, der voll in die Hauptklasse fließt.

Ebenfalls wird der ganze Absatz zur Beitragsbefreiung nach den Anträgen des Vorstandes angenommen.

1. Auf ihren Antrag werden vom Beitrag befreit:

a) Mitglieder, die arbeitslos sind, keine Unterstützung beziehen und sich wöchentlich zweimal in der von der Filiale festgesetzten Zeit der Kontrolle unterziehen;

b) Mitglieder, die krank sind, ein ärztliches Attest vorlegen und keine Unterstützung beziehen;

c) Mitglieder, die wegen Alter, Invalidität oder Unfall mehr wie die Hälfte in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt sind;

d) Mitglieder, die zu einer militärischen Nutzung eingezogen sind;

e) Mitglieder, die zu einer militärischen Dienstleistung herangezogen werden, während der Dauer der Dienstzeit;

f) Mitglieder, die eine Malschule oder ähnliche Lehramtsanstalten besuchen, während der Zeit des Schulbesuchs;

g) Mitglieder, die interniert sind (ausschließlich derjenigen, die vom Verbande Unterstützung beziehen)

für die Dauer der Internierung).

2. Die unter b genannten Mitglieder müssen, wenn sie 52 Wochen fortlaufend beitragsfreie Marken bezogen haben und Mitglied bleiben wollen, sowie die unter c genannten einen Beitrag von 10 Pfg. für die Woche entrichten, wovon 5 Pfg. an die Hauptklasse abgeliefert werden. Diesen Mitgliedern bleibt dadurch das Recht für sich und ihre Angehörigen nach dem Reglement für Sterbeunterstützung erhalten, sowie Rechsschutz für Ansprüche auf die gesetzlichen Versicherungsanstaltungen.

3. Kommt das Mitglied wieder in den Vollbesitz der Arbeitskraft, so werden die früher gezahlten Beiträge auf die Unterstützungslosen angerechnet.

4. Die unter d, e, f und g genannten Mitglieder sind während der Beitragsbefreiung von allen Mitgliederrechten und -pflichten entbunden, wenn sie sich vorher anmelden und nach ihrer Rückkehr innerhalb 14 Tage sich wieder anmelden und den Beitrag vom Tage der Entlassung an bezahlen.

5. Den unter b und d benannten Mitgliedern wird die Beitragsbefreiung durch besondere von dem Verbandsvorstand zu liefernde Marken geliebt.

6. Den unter e, f und g genannten Mitgliedern wird die Beitragsbefreiung ins Mitgliedsbuch von dem Verbandsvorstand eingetragen. Das Mitgliedsbuch ist bei der Abmeldung an den Verbandsvorstand abzuliefern.

7. Die beitragsfreien Wochen kommen bei allen Unterstützungslosen nicht mit zur Anrechnung.

Die Beitragsbefreiung tritt nur dann ein, wenn sie innerhalb 14 Tage beim Filialvorstand beantragt wird. Bei "Ausritt und Ausschluß" handeln die Erhaltungsanträge des Vorstandes Annahme.

Der § 9 "Filialverwaltung" wird erweitert durch folgenden Absatz:

Der Filialvorstand hat die Filiale nach innen und außen zu vertreten, die Aufrechterhaltung des Verbandsstatus zu überwachen und die Rassenangelegenheiten zu erledigen."

Dem bisherigen § 10 werden folgende Absätze neu zugesetzt:

Die Filiale erledigt ihre Aufgaben in der Regel in den von der Filialverwaltung einzuberuhenden Mitgliederversammlungen. Die Mitgliederversammlungen bilden für die Mitglieder die höchste Instanz zur Entscheidung örtlicher Verbandsangelegenheiten. Deren Beschlüsse sind, wenn sie nicht nach dem Statut der Genehmigung des Verbandsvorstandes bedürfen oder dem Statut zuwidervorlaufen, für alle Mitglieder der Filiale bindend.

Filialen mit großer Mitgliederzahl oder großer räumlicher Ausdehnung ihres Wirkungskreises sind berechtigt, durch das vom Vorstand zu genehmigende Ortsstatut das Recht der Beschlussfassung an eine Vertreterversammlung zu übertragen. Die Beschlüsse solcher Vertreterversammlungen sind bindend wie Beschlüsse von Mitgliederversammlungen. Der dem Ortsstatut zugrunde liegende Beschluß muß durch eine Mitgliederversammlung, deren Tagesordnung diesen Punkt enthält und den Mitgliedern vorher bekanntgegeben ist, herbeigesühnt werden.

Der Hauptvorstand besteht nunmehr aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, dem Kassierer, dessen Stellvertreter, dem Redakteur des "V.-A." und zwei Secretären. Diese Kollegen werden sämtlich von der Generalversammlung gewählt und vom Verband bestellt.

Der bisherige § 17 erhält folgende Fassung:

"Dem Hauptvorstand wird ein Beirat beigegeben, der aus dem Vorsitzenden des Ausschusses oder seinem Stellvertreter, den Bezirksleitern und sieben aus den Bezirken gewählten, beim Verband nicht angestellten Mitgliedern gebildet wird. Dieser Beirat tritt auf Beschluss des Vorstandes oder auf Antrag eines Drittels seiner Mitglieder zusammen, um in allen wichtigen Allsonstagen, Fragen der Taktik und des Tariffs für die Gesamtorganisation gemeinsam Beschlüsse zu fassen."

Der Ausschuss besteht aus sieben Mitgliedern. Von den bisherigen acht Bestimmungen des Statuts, bei denen die Zustimmung des Ausschusses erforderlich war, bleiben nur 4 und 5 in Kraft (Ausschluß einer Filiale und Auseinandersetzung von beflockten Verwaltungsmitgliedern und Hilfsarbeitern), die Absätze 1, 2, 3 und 5 werden dem Vorstand 7 und 8 dem Beirat überwiesen. — Die Worte "Taktik bei Streiks" im vorletzten Absatz des § 18 werden gestrichen.

In den §§ 19 und 20 werden gestrichen die Worte "und Ausschuß".

Im § 30 (Urabstimmung) heißt es nun statt Vorstand und Ausschuß: Vorstand und Beirat.

Von den Anträgen zum "Vereins-Anzeiger" werden der Antrag Bremen (Artikelserie zur Auflösung junger Kollegen) der Redaktion, die von Mainzheim und Bremen betr. Herausgabe einer monatlichen sachtechnischen Zeitschrift dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Zum Streikreglement wird beschlossen, daß die Auszahlung der Unterstützung Sonnabends erfolgen soll. Im vorigen werden bis auf den ersten Tag zu § 8 (Unterstützung aus der Hauptklasse tritt ein am dritten Tage nach Beginn des Kampfes) sämtliche Anträge des Vorstandes angenommen. Alle Anträge, die sich mit Erhöhung der Unterstützungsätze beschäftigen, würden Vorstand und Beirat zur Erwägung überwiesen.

Von den sonstigen Anträgen wurden die, die eine Verschmelzung mit dem Deutschen Bauarbeiterverband befürworten, dem Beirat zur Erwägung überwiesen; die Anträge Chemnitz und Berlin wegen Grenzstreitigkeiten um die Lackierer wurden dem Vorstand zur Erwägung überwiesen; ebenfalls die Anträge Cosmar, Fürstenwalde und Hof.

Das Statut tritt am 3. August d. J. in Kraft, also mit der 32. Beitragswoche.

Beschlossen wurde weiter, für die Zeit vom 28. Dezember 1913 bis 3. Januar 1914 den 53. Wochenbeitrag zu erheben.

Als Orte, in denen die nichtangestellten Mitglieder des Beirats gewählt werden sollen, werden bestimmt: Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg (Ersatzmann wählt Kiel), Düsseldorf (Ersatzmann wählt Dortmund), Dresden, Karlsruhe und Stuttgart.

Das bisherige Reglement zur Reiseunterstützung bleibt bis 28. Februar 1915 in Kraft; das neue ist vom 1. April 1915 ab gültig.

Die Neuregelung der Gehälter der Angestellten wurde einer besonderen Kommission übertragen, die nach mehreren Sitzungen durch ihren Berichterstatter, den Kollegen Höder, der Generalversammlung folgendes unterbreitete:

a) Erster Vorsitzender, erster Kassierer und Redakteur Ansangsgehalt 2800 M.; Höchstgehalt 3400 M.

b) Die übrigen beflockten Vorstandsmitglieder im Hauptbüro: Ansangsgehalt 2600 M.; Höchstgehalt 3200 M.

c) Bezirksleiter: Ansangsgehalt 2400 M.; Höchstgehalt 3000 M.

d) Ständige Hilfsarbeiter im Hauptbüro und Filialangestellte in folgenden Orten: Berlin, Bremen, Dresden, Chemnitz, Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Görlitz, Königsberg, Magdeburg, Mainz, Plauen, Stettin, Straßburg und Würzburg. Ansangsgehalt 2200 M.; Höchstgehalt 2800 M.

e) Filialangestellte in folgenden Orten: Beuthen, Braunschweig, Bremerhaven, Kassel, Danzig, Darmstadt, Duisburg, Dortmund, Elberfeld-Barmen, Gotha, Halle, Königsberg, Magdeburg, Mainz, Plauen, Stettin, Straßburg und Würzburg. Ansangsgehalt 2000 M.; Höchstgehalt 2600 M.

f) Richtständige Hilfsarbeiter im Hauptbüro: 10 Pfg. über den am Ort festgesetzten tariflichen Mindestlohn.

Die Ansangsgehälter steigen in den ersten vier Jahren um je 100 M. und in den weiteren vier Jahren um 50 M.

Den bisherigen Angestellten des Verbandes werden die vom 1. Juli 1913 zurückliegenden vollen Dienstjahre zur Hälfte in Anrechnung gebracht.

Die Angestellten erhalten vom ersten bis zehnten

Dienstjahr zwei Wochen, von da an drei Wochen Ferien.

Die Filialen wird es freigestellt, das Gehalt der Filialbeamten bis zur Einkommengrenze der Bezirksleiter in die Höhe zu ziehen.

Nach stundenlanger Diskussion wurde in namhafter Abstimmung die Gehaltsregelung nach dem Vor schlag der Kommission mit 77 gegen 26 Stimmen, bei elf Stimmenthaltungen angenommen.

Der bisherige Vorstand, der Redakteur und der Obmann des Ausschusses wurden wiedergewählt, ebenso sämtliche Bezirksleiter. Als Sekretär waren vorgeschlagen Delle und Warnecke; bei der Abstimmung durch Stimmzettel wurde Kollege Delle-Zilligkari gewählt, der am 1. Oktober d. J. nach Hamburg übersiedelt.

Für den am 11. und 12. August in Leipzig stattfindenden Bauarbeiterkongress sollen die Delegierten in den Filialen gewählt werden; außerdem sollen Vorstand, Redaktion und Ausschuß vertraten sein. Vertreter der Delegiertenwahl erscheinen die Kollegen Hassel, Lassen und Schubert.

Zu Delegierten des im nächsten Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongresses wurden gewählt außer den Vertretern des Vorstandes, der Redaktion und des Ausschusses, die sieben Bezirksleiter und die Kollegen Hajek, Lassen und Schubert.

Über die internationale Beziehung im Malergewerbe referierte sodann Kollege Tobler. Er gab einen drängenden Bericht über die in Zürich stattgefundenen internationale Konferenz und ihre Beschlüsse. Weiter führte er aus, daß die Beziehungen unserer Organisation zu den Brüderverbänden des Auslandes auch im Berichtsjahr gute waren. Allerdings sind noch nicht alle Länder des Kontinents unserer Internationale angegeschlossen, aber soweit das der Fall ist, verstecken sich die Verbände sehr gut und beweisen damit auf das treffliche, daß die errichteten Grenzfähre für die menschlichen Beziehungen höchst überflüssig sind, daß wenigstens für die Arbeiterschaft hübner wie drüber die gleichen Sorgen um die Existenz bestehen und daß alle nur einen gemeinsamen Feind haben, der ihren Aufstieg zu besseren Verhältnissen verhindert, das ist der Kapitalismus. Sowohl es möglich war, hat sich der Hauptvorstand über die Dinge im Ausland unterrichtet und können wir im allgemeinen sagen, daß die Organisationen überall vorwärts schreiten.

Dem Referat schloß sich eine kurze Diskussion an.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt und mit ansehnlichen Worten schloß sie Kollege Tobler mit der Aufforderung, die gefassten Beschlüsse zum weiteren Gedanken unseres Verbandes zur Ausführung zu bringen.

Erwähnen wollen wir noch, daß an den letzten beiden Tagen Kollege Prasse das bekannte Werk der Firma Baumann in Rue i. B. "Neue Farbenfarbenkunst" zur Ausstellung brachte und den Kollegen erläuterte. Wir werden jedenfalls in den nächsten Jahren noch eingehender auf dies für alle Kollegen höchst empfehlenswerte Werk zurückzukommen.

Besonders Dank wollen wir auch unsern Hallenser Kollegen abstatzen, die durch die Veranstaltung des Empfangsabends und eines Konurses den Delegierten in Kollegialster Weise einige fröhliche Stunden bereiteten. Ebenso hat sich den Dank aller Kollegen erworben die Geschäftsführung des Volksverkaufs, Bedienung, Essen und Getränk waren vorzüglich.

## Wirtschaftliche Randfragen.

Internationaler Rückgang der Konjunktur; die Lage in Österreich, England, Amerika und Frankreich. — Produktion und Arbeitsmarkt in Deutschland.

Der Rückgang der Konjunktur wird heute allgemein zugestanden; die letzten, noch schönsärbenden und ernstigenden Stimmen sind nach und nach verstummt. Was aber unparteiische Beobachter seit Wochen und Monaten für Deutschland feststellen konnten, scheint jetzt mehr und mehr auch für das Ausland gelten zu sollen.

Für Österreich kann das nicht wundernehmen. Der Krieg und die Kriegsgefahr hat hier, wenn man die Großstaaten ins Auge sah, die verhängnisvollste Rolle gespielt. Die Textilindustrien waren eigentlich schon seit drei oder vier Jahren einer auf die Dauer unerträglichen Überproduktion verfallen; zuletzt suchten sie vollen in Schleuderanfertigen Erfolg für das zusammenhängende Balkangeschäft. Die Baumwolle hatten sich gleichfalls lange Zeit schon übernommen; die Terrainspolulation, die Bodenpreissteigerung, die gewöhnlich verbunden mit einer überspannten Kreditwirtschaft, trugen nicht wenig zur beängstigenden Geldteuerung bei. Dazu kam zeitweise noch die Panik der Eisenerz bei Skarlassen und Banken, daß "Einsperren" und Brachlegern der sonst verfügbaren Gelder. So stand man schließlich vor den abnormen Zinszäsuren; bei den Rotenbanken 6 Proz., im freien Verkehr 8 bis 10 Proz., im Bankreditgeschäft 12 bis 18 Proz. Nunmehr sind an den Börsen auch die Werte der großen Eisenindustriegesellschaften ins Wanzen geraten, und man hält dies fast allgemein für das Anzeichen des größten und endgültigen Umsturzes.

"Die österreichische Eisenindustrie," schreibt Dr. Emden-Wien dem "Tag", "hatte bis in den Februar hinein glänzende Absatzziffern und einen ausgezeichneten Geschäftsgang. Über Nacht ist aber die Konjunkturblüte vollständig gewellt; und die schlechten Zeiten haben begonnen. Die Eisenwerke arbeiten mit weitgehenden Betriebs einschränkungen, Hochöfen sind ausgebaut, Walzenstraßen stehen durch mehrere Tage in der Woche still. Der Konsum ist unter das Niveau des Jahres 1911 zurückgeworfen worden. Gewiß ziehen die Eisenwerke noch immer am alten Bett. Sie haben reichliche Reserven angelegt, in den letzten Jahren mit einem Teil der Gewinne ausgeschüttet und können deshalb auch jetzt beim Abschlag schonender vorgehen. Indessen kommt es jetzt auf die Dividenden an, und die Aktionäre der Alpinen Montan- oder Prager Eisenindustriegesellschaft brauchen auch bei den erzielten Rüten und Dividenden nicht gerade Frieden zu erwarten. Wohl aber ist das Eisen das maßgebende Barometer der allgemeinen Geschäftslage, und es weist auf eine Absatzstörung hin, wie sie seit drei oder vier Jahren nicht mehr erlebt worden ist. welche

Kreise erfaßt und nicht so rasch behoben werden kann."

In England wies man bisher gern auf die glänzende Aufenseite hin, über die seit etwa einem Jahr, seit dem Ende der Verkehrsarbeiterstreiks, kein Schatten sich mehr legte. Die Arbeitslosenziffern der berichterstattenden Gewerkschaften sind seit mehr als vierzig Jahren, seit dem großen Aufschwung der siebziger Jahre, kaum so günstig gewesen und haben sich bis zuletzt fast stetig, vor allem gegen die gleiche Zeit des Vorjahres, verbessert. Ende des Monats zählte man Arbeitslose im Verhältnis zu den Unionsmitgliedern:

	1912	1913
	Prozent	Prozent
Januar . . . . .	2,7	2,2
Februar . . . . .	2,8	2,0
März . . . . .	11,3 (Streiks)	1,9
April . . . . .	3,6	1,7
Mai . . . . .	2,7	1,9
Juni . . . . .	2,5	—
Juli . . . . .	2,6	—
August . . . . .	2,2	—
September . . . . .	2,1	—
Oktober . . . . .	2,0	—
November . . . . .	1,8	—
Dezember . . . . .	2,3	—

Die Außenhandelsziffern lassen für den Monat Mai gleichfalls noch nichts zu wünschen übrig. Für Mai bzw. für die fünf bis Ende Mai abgelaufenen Monate zusammen betrug das Mehr gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres:

	May 1913	Psund Sterling	Prozent
bei den Einfuhren . . . . .	+ 6211288	+ 11,2	
bei den Ausfuhren . . . . .	+ 5025787	+ 12,9	

  

	Januar bis Mai 1913	Psund Sterling	Prozent
bei den Einfuhren . . . . .	+ 17208442	+ 5,6	
bei den Ausfuhren . . . . .	+ 23878526	+ 12,5	

Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß gerade der Mai des Vorjahres unter dem Londoner Transportarbeiterstreik litt und daß deshalb der Vergleich etwas übertreibt, gut ausfällt, bleibt das Bild eines weiter ununterbrochenen Aufschwunges. Aber die Börse zeigte sich in letzter Zeit immer weniger lebhaft und auch sonst fehlt es nicht an einzelnen Anzeichen der Erholung und an entsprechenden Warnungen. Die Schwierigkeiten der amerikanischen und kanadischen Bahnen, ihre zur Rückzahlung heranziehenden Noten für kurzfristigen Krediten, einzulösen, die Zahlungsschlüpfung der St. Louis- und San-Francisco-Eisenbahnen, erwiesen sich hier als die ersten Erscheinen des Ausfahres. Weitere Börsenschriften brachen zusammen. Aber auch die bedeutendste Eisenfirma des Landes ging zugrunde, in diesem Falle an der Borsa-(Eisenlagerstätte)-Spekulation.

Doch man in den beteiligten Staaten wenigstens mit der Möglichkeit einer herauslebenden Lage für die Börse rechnet, zeigte die gesamtlich zur Verbilligung abgegebene ungewöhnliche Erklärung des amerikanischen Schatzministers: er sei in der Lage, den Banken mit 500 Millionen Dollar gegen Sicherstellung beizutragen. Unter dem Verkaufandrang seitens Europa und infolge des geschwachten Vertrauens in den Fortbestand der Hochkonjunktur sönnten in New York einige führende Werte schon am 5. und 6. Juni bis auf das niedrigste Niveau, das seit der Panik von 1907 zu verzeichnen war.

Endlich über die Lage in Frankreich äußerte sich Ende Juni der Schaffhauser Verein in seinem Bericht: "Der Pariser Markt ist zwar mit Geld reichlich versehen, jedoch zurzeit noch zurückhaltend mit Rücksicht auf die bevorstehenden Finanztransaktionen im Auskurs an die voranschichtlich baldige Beendigung des Polenkrieges. Besonders interessant ist aber dort die Erziehung, daß veranlaßt durch die Vorgänge bei einigen amerikanischen Eisenbahnen und die beständigen Kursschwüre solcher Werte, das Kapital sich von denartigen Investitionen nicht nur fernhält, sondern eigentlich mit der teilweisen Absonderung der im Lande befindlichen Schätzungswoche 2 Millarden Francs und Notes vorgeht; aber Rotes Kreuz nach berichtet die dadurch freiwerdenden Kapitalien den europäischen Geldmärkten wieder mehr als in letzter Zeit zur Verfügung gestellt werden" — worin wohl zunächst nur ein kurzer wütter deutscher Bauspiel zum Ausdruck kommt.

Die französischen Erscheinungen in Deutschland haben sich mittleres fortgesetzt. Um den mehrfach erneuten Preisverfall, wie ihn ein inländisches Überzeugt erzeugen muß, entgegenzuwirken, gehen die Syndikate wieder häufig zur Schwächung von Ausfuhrerträgungen über. Die großen Verbände der Eisenindustrie befürchten denkt, daß Rohstoffmangel folgt, und wenn sie befürchtet den gleichen Schritt trifft der Arbeitgeberverbund an, dessen Verlegenheit vorher leichtig darin zu beobachten war, daß er dem Bedarf des Landes und Englands nicht nachkommen vermochte. In der letzten Annahme ist nun auch der Einflussverband gewesen, die Niederschüttungen für Holzfäller um 5 % pro Tonne zu erhöhen; zwischen Belgien und dem gleichen geben hatte und nachdem auch durch die im Frühjahr viel wichtiger gewordene Zeitabrechnung direkt zwischen Preisverfall und Rohstoffmangel geworben war. Das rheinisch-westfälische Rohstoffmangel hat eine gleichzeitige des Preisfalls, für den Juli die Preissteigerungsrate zu verstetzen: für Kohlen von 105 auf 50 Proz., für Salz von 80 auf 50 Proz., für Erdöl von 55 auf 50 Proz. In der Begründung wird neben der nicht unbedeutenden Zusage des Hansa-Konsortiums, dem die Prämien nicht beträgt, vor allem der wesentliche Wert der Preissteigerung für Preis erläutert. Der unbedeutende Preissteigerung der verfehlten Preise der Konsortialunion tritt auch hier ein.

Die Lage des gesamthaften Arbeitsmarktes ist nach nach dem "Arbeitsbericht" im Mai 1913 weniger günstig als im Mai 1912 geworden: "Überhaupt schlechter als im Mai 1912 betrachten G. Nachbericht mit 2045735 Mitgliedern. Den Dienst waren im Mai 1, 2, 3, 4, 5, im Sommer 2, 3, 4, im Mai 1912 1, 2, 3, 4, 5, und im Mai 1913 1, 2, 3, 4, 5, arbeitet. Der Stand der Arbeitsmarktsituation ist also in diesem Jahre ungünstiger als im Vorjahr. Bei der Gesamtzahl der

Arbeitsnachweise kommen im Berichtsmonat auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 166 Arbeitsgesuche gegen 160 im April 1913 und 153 im Vergleichsmonat des Vorjahres. Demnach läßt sich auf eine geringe Verschlechterung gegen den Vormonat und gegen den gleichen Monat des Vorjahres schließen. Für weibliche Personen kommen bei den festgestellten Gesamtzahlen auf je 100 offene Stellen im Berichtsmonat 100 Arbeitssuchende, während die entsprechenden Zahlen 96 im Vormonat und 97 im Mai 1912 ergeben. Der auf dem Arbeitsmarkt in Berlin und der Provinz Brandenburg tätige Druck hat sich noch verschärft; besonders liegt das Baugewerbe und die Holzindustrie darunter. Auch in Schleswig-Holstein, Südbaden und Hamburg läßt die Gesamtlage des Arbeitsmarktes fast überall mehr oder weniger zu wünschen übrig. In Hessen-Nassau und Waldeck hat sich die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat im allgemeinen vermehrt, besonders in der Holzindustrie. In Bayern und Baden tritt eine rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt hervor." Westfalen und Lippe-Detmold, ebenso Württemberg sollen unverändert geblieben sein, und für das Baugewerbe und die Schmiederei in einigen Bezirken glaubt die arbeitsstatistische Abteilung sogar eine gewisse Besserung konstatieren zu können. Auf jeden Fall jedoch überwiegen auch danach auf dem Arbeitsmarkt die Zeichen des Niederganges.

Berlin. Max Schippel.

weiterste Krankenunterstützung eingeht, führt durch die sich über 20000 unserer Kollegen durch freiwillige Beiträge anstatt einer Unterstützung von 50 Pf. bis 1 Mt. pro Tag eine solche von 500 bis 250 Mt. pro Tag sicherten und ausgezahlt erhalten.

Herr Dr. Goesch schreibt, nachdem er sich so eine bequeme Grundlage für seine Verleumdungen gegen uns fertig gemacht hat, weiter:

"Nachdem wir wissen, daß der freie Verband in der ersten siebenjährigen Unterstützungsperiode 669550,92 Mt. ausgezahlt hat, können wir mit Leichtigkeit die weiteren Kosten des Kohlamps auf berechnen. Wir haben gesehen, daß für die Berechnung im März wegen der Karrenzeit nur sieben Tage im Brach kommen, an welche für 14905 Gehilfen an Unterstützung in Ausschaltung zu setzen sind 669550,92 Mt. Die weitere entsprechende Berechnung ergibt: Bei angeblich:

13406 Aussperren am 5. April 1.—5. 4. 430392.—	DR,
12935 " 12. " 7.—12. 4. 485904.—	"
12131 " 18. " 14.—19. 4. 465770.—	"
10963 " 28. " 21.—28. 4. 420695.—	"
9839 " 3. Mai 28. 4.—3. 5. 377817.—	"
9578 " 5. " 5.—10. 5. 367718.—	"
Einer wird die Zahl im DR. " nicht mehr annehmen. Gewidrte Zahl bleibt die 24. " 17. " 18.—17. 5. 306492.—	"
selbe wie vorher eingesetzt. " 24. " 19.—24. 5. 307718.—	"

3891996,92 Mt.

Diese 3,89 Millionen Mark sind von der freien Gewerkschaft verausgabt worden und setzen sich zusammen aus: Vermögen 2282788 Mt., Anleihe bei der Generalcommission der freien Gewerkschaften 1000000 Mt., Anleihe beim Bauarbeiterverband 400000 Mt., ordentliche und außerordentliche Beiträge für die zwölf Wochen des Kampfes circa 400000 Mt., zusammen 4032788 Mt.

Der kleine noch verbleibende Rest der Einnahmen gegenüber den Ausgaben ist dann bei dem nachfolgenden Vorpostengeplänkel in Rheinland und Westfalen und Hamburg vollends zu Ende gegangen. Die Kassen der Gehilfen sind also leer, sind vollständig gesprengt. Eine Bestätigung für die Nichtigkeit dieser Ausschaltung gibt uns auch die gegenwärtige Sachlage. Hätten wohl die Gehilfen in Hamburg die Arbeit zu den Löhnen der Schiedssprüche, wenn auch in anderer Vertheilung, wieder aufgenommen, wenn noch vorhanden gewesen wären? Hätten wohl die Gehilfen in Rheinland und Westfalen, die die Aufhebung der Sperré überall mit Streiks beantworteten, diese Streiks so schnell und bedingungslos beendet, wenn der Zentrale noch irgendwelche Mittel zur Verfügung gestanden hätten?

In diesen Phantasereien und blödsinnigen Schlussfolgerungen wollen wir nur noch feststellen, daß uns bisher gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen. Es ist nicht nur die Behauptung frei erfunden, daß in unserer Verwaltung auch nur ein Pfennig Streitunterstützung unter einer andern Ausgabe verbürgt worden ist; es ist ferner auch eine Unwahrheit, die jetzt, nachdem wir das schon festgestellt haben, wider besseres Wissen ausgestellt wird, daß wir eine Anleihe bei der Generalcommission, beim Bauarbeiterverband oder bei sonst einer Organisation oder Institution gemacht haben. Es bleibt bei dem, was wir während und nach dem Kampf auch durch unsern Fassierer auf der Generalversammlung in Halle mitgeteilt haben, und wenn das Herr Dr. Goesch als plumper und widerlichen Schwindel bezeichnet und auch seine längst vergessenen 25000 Aussperren wieder ausleben läßt, so erklären wir ausdrücklich, daß dieser Mann für uns erledigt ist. Wenn der Arbeitgeberverband sich in ähnlicher Weise von ihm informieren und Beweismaterial verschaffen lassen will, so kann uns das schließlich nur angenehm sein; wir nehmen ihn nicht mehr ernst und lehnen jede Verantwortung für die Folgen ab, die dem Tarifverhältnis drohen, wenn in jölder Weise jedes zukünftige Zusammenarbeiten verhindert werden soll.

### Lohnbewegung.

Nach Rheinland-Westfalen zu legiger Zugang von Mälern und Auszubildenden fernzuhalten werden!

Nach Gardelegen i. d. Altmark ist Zugang von Mälern, Lackierern und Auszubildenden freigemacht zu halten.

In Berlin befinden sich die Kollegen im Streik. Zugang ist zu zu halten.

### 5. Bezirk.

In Schwerin kam es zum Abschluß eines Tarifvertrages mit zweijähriger Gültigkeit, der eine Lohnerhöhung von 3 Pf. festlegt, wodurch 2 Pf. sofort und 1 Pf. vom 1. April 1914 ab gezahlt werden. Der Kinderschuh für Gehilfen über 19 Jahre wurde auf 40 Pf. resp. 41 Pf. festgesetzt, für Gehilfen unter 19 Jahre auf 35 resp. 36 Pf. Für Überstunden gilt es 25 Proz. Nachtschicht und Sonntagarbeit 50 Proz. Aufschlag. Bei Landarbeit wird 150 Mt. Auslösung gezahlt. Die Sommerarbeitszeit ist eine zehntägige. In diesem rein ländlichen Gebiet haben wir es mit Arbeitgebern zu tun, die dem Streben der Gehilfschaft nach Regelung und Verbesserung ihrer Lage noch ziemlich verhandlungsfrei gegenüberstehen. Daher konnte auch nur dieser vorläufige, wenig befriedigende Fortschritt erreicht werden. Immerhin ist zu beobachten, daß eine geringe Verbesserung in dem Verhalten der Arbeitgeber bei dieser Bewegung zu verzeichnen war, indem sie sich, im Gegensatz zu früheren Bewegungen, gleich zu Verhandlungen bereit fanden. Doch glaubten sie nicht unterlassen zu können, bei der Unterzeichnung des Vertrages, das Verhandlungsergebnis eigenmächtig zu ihren Gunsten zu korrigieren, immerhin dürfte auch darin noch Verbündung erzielt werden, da unsere Kollegen sich mit einer Veröffentlichung der Bestimmungen auf keinen Fall bereit erklären.

Wie schwer es ist, in diesem Gebiet vorwärts zu kommen, zeigt die Entwicklung der Lohnabschlüsse. So wurde 1907 ein Vertrag abgeschlossen mit 35 Pf. Stundenlohn, 1911 kam es infolge des Verhaltens der Arbeitgeber nicht zum offiziellen Abschluß, doch wurde ein Stundenlohn von 38 Pf. angezeigt und auch ziemlich allgemein gezahlt, und jetzt tritt wieder eine Steigerung von 3 Pf. ein. Da allgemein nur der Tariflohn zur Auszahlung gelangt, so den einzelnen Kollegen nur in

ganz verschwindendem Maße möglich war, den Lohn über den Mindestsatz zu steigern, zeigt sich gerade hier, wie so außerordentlich notwendig ein fester Zusammenschluß der Kollegen ist. Um Schritt für Schritt vorwärts zu kommen. So wird auch dieser Fortschritt nur als Abschlagszahlung anerkannt, dem zur gegebenen Zeit weitere Verbesserungen folgen müssen.

#### Lackierer.

Die Möbelfabrik München-Riemensfeld zu Wilhelmsdorf-München sperrte ihre sämtlichen Lackierer aus. Die Fabrik ist für Lackierer gesperrt.

**Werdau.** Eine Lohnbewegung in der Sächsischen Waggonfabrik konnte mit Erfolg für unsre Kollegen zur Durchführung gebracht werden, da die dort beschäftigten Lackierer und Anstreicher sich in den letzten Jahren bis auf nur wenige Ausnahmen dem Verband angeschlossen hatten.

Schon seit jeher beschwerten sich die Kollegen über die ungenügenden Einrichtungen in der Lackiererei; da war nicht genügend Raum vorhanden, um ordentlich arbeiten zu können, Rüstzeug fehlte, Gänge und Räume waren mit allem möglichen Arbeitsmaterial anderer Branchen vollgestopft, die Wascheinrichtung war ungünstig und selbst Wasser war nicht in genügender Menge vorhanden. Kein Raum, keine genügende Einrichtung zur Aufbewahrung der Kleider und was vergleichbare Bedürfnisse mehr sind. Vor allem war aber eine bessere Regelung der Lohnverhältnisse nötig, um die bei der Kolonnenarbeit sich unleskam vermeidbar machenden Ungleichheiten zu beseitigen.

Die nunmehr getroffenen Vereinbarungen sehen vor: eine Lohnsteigerung von 5 Pfsg. für Lackierer und 3 bis 4 Pfsg. für Anstreicher (die Forderung war: allgemein 5 Pfsg. Zuschlag auf die jetzigen Löhne); der Einstellungsalohn für Lackierer und Maler wird auf 38 Pfsg. festgelegt, er steigt nach längstens sechsmaliger Beschäftigung auf 40 Pfsg. (Forderung war 42 Pfsg.), der Hochlohn beträgt 44 Pfsg.; für Anstreicher beträgt der Einstellungsalohn 33 Pfsg. und steigt innerhalb sechs Monate auf 35 Pfsg. (Forderung war 38 und 40 Pfsg.); bei Lohnarbeiten, die nur in Ausnahmefällen vorkommen, da nur in Akkord gearbeitet wird, erhöhen sich die Löhne um 3 Pfsg.; die Akkordpreise werden vor Beginn jeder Arbeit festgesetzt, davon sollen die Kolonnenführer mitwirken; für Überzeitarbeit wird ein Zuschlag von 33 Proz. bei Nachtshiftarbeit von 10 Proz. bezahlt; ein Anleiteratrum soll den Lackierern zur Verfügung gestellt, für bessere Befestigung der Abwasser gesorgt und die Waschgelegenheit verbessert werden. Der Forderung nach einem Extraum ist dadurch Rechnung getragen, daß die Frühstückspause der Lackierer nach der allgemeinen Fabrikspause stattfindet und dadurch der Kontinentraum für die Lackierer frei wird. Auch das Stillzustand soll verhindert werden.

Damit ist zwar noch nicht alles Wünschen unsrer Kollegen Rechnung getragen, doch immerhin eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch einmütiges Zusammenhalten der Kollegen in der Organisation erreicht, und an ihnen wird es nun liegen, zu gegebener Zeit weitere Verbesserungen herauszuholen. Vor allem tut eine durchgreifende Regelung der ganzen Akkordverhältnisse dringend not.

#### Aus unserem Beruf.

**Goslar a. Harz.** Hier haben die Arbeitgeber die Schiedsgerichte noch nicht durchgesetzt. Sie weigern sich unter ganz wichtigen Gründen, eine Erhöhung der Löhne um 2 Pfsg. einzutreten zu lassen. In einer Sitzung, die am Dienstag den 24. Juni stattfand, erklärten die Arbeitgeber, erst dann eine Erhöhung der Löhne einzutreten zu lassen, wenn auch die übrigen Meister, die dem Verbande nicht angeschlossen seien, die Löhne von 49 und 51 Pfsg. zahlt. Daß dieses nur ein wichtiger Vorwand ist, geht daraus hervor, daß juzt von den Verbandsmeistern (zehn Mann) etwa 50 Gehilfen beschäftigt werden. Die nicht dem Arbeitgeberverbande angeschlossenen Meister beschäftigen aber nur 14 Gehilfen. Dieses Vorgehen der Meister ist zu begreifen, ist doch der größte Teil der anmässigen Kollegen dem Verband abträglich geworden. Diese glauben dadurch, daß sie bei ihrem Meister "freundlich" Gartenarbeit machen, Läden bauen und vergleichen mehr, sich eine gesicherte Position zu schaffen. Beim Ausbruch der Aussperrung war es doch die Werkstatt F. Fabrig, die gleich drei Kollegen in "Ranzengehalt" stellte. Ihren Lohn erhielten diese "Auchkollegen" allerdings alle Woche. Am 25. Juni stand dann eine Versammlung im Eiboli statt. Der Kollege Bischoff aus Braunschweig gehörte mit scharfen Worten das Vorgehen der Unternehmer, aber auch das der anmässigen Goslarer Kollegen, die trotz schriftlicher Aufforderung nicht erschienen waren. Diese Kollegen befürchteten jedenfalls eine gehörige Kopftwäsche. Die anwesenden Kollegen erklärten sich mit dem Vorgehen der Meister nicht einverstanden und beantragten den Kollegen Bischoff, den Beschwerdeweg an die Tarifinstanzen zu gehen. Sie verlangten unter allen Umständen eine Nachzahlung des tarifmäßigen Lohnes. Ferner erklärten sie, am andern Morgen ihre Forderung ihren Meistern zu unterbreiten. Ein Teil der Kollegen zog es vor, sicher Goslar zu verlassen. Wir bitten die Kollegen, Goslar kreuz zu meiden, denn mit den hier gezahlten Löhnen ist es bei den letzten Lebensmittelpreisen kaum möglich, zu existieren. Die Meister führen ja auch bei den Verhandlungen aus, daß die Goslarer gehörte Lust auch mit in Aussicht gebracht werden müsse und die Kollegen in einen billigen Sommeraufenthalt hätten. Ein schöner Sommeraufenthalt auf den brüchigen Gründen! Sind doch erst vor kurzem zwei Meister durch die Berufsgenossenschaft bestraft worden.

B. N.

Ein weiteres Verbot für die Verwendung schlechter Farben hat nun auch die Regierung für Elsfach-Lohringen für ihre staatlichen Baubetriebe erlassen. Den Gemeinden ist dieses Verbot zur Rücksicht empfohlen worden. Es gefällt dieses aus Anerkennung der sozialdemokratischen Vertreter in der zweiten Kammer des Landtags. Dieser Erlass bedeutet einen weiteren Fortschritt in unsern Bestrebungen nach einem vollständigen Verbot für die Verwendung schlechter

haltiger Farben. Die Gemeindeverwaltungen werden nach diesem empfehlenden Erlass vorläufig nicht viel fragen und zwar deshalb nicht, weil es sich hier um eine Bestimmung handelt, wovon die Arbeiterschaft Vorteile hat, selbst wenn dieses Verbot auch noch so berechtigt erscheint. Auch müssen es nämlich immer Arbeitervertreter sein in den Parlamenten, die auf die Einführung derartiger Bestimmungen hinwirken. Da aber nun, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, in den Gemeinderäten Elsfach-Lohringens keine Arbeitervertreter gegenwärtig vorhanden sind, so werden es auch die Gemeindeverwaltungen mit der Durchführung dieses Erlasses nicht so eilig haben. Im nächsten Jahre aber finden im ganzen Lande die Gemeindewahlen statt. Dann ist auch unsern Kollegen die Gelegenheit geboten, ihre Stimme für diejenigen Vertreter abzugeben, die die Interessen der Arbeiterschaft am nachhaltigsten vertreten.

**Verhängnisvoller Gerüststurz in Frankfurt a. M.** Ein Güterschuppen der Städtischen Hafenbahnen ereignete sich am 5. Juli ein folgenschweres Unglück. Die Maler- und Weißbindersirma Carl Sommer G. m. b. H. führt dort Arbeiten aus. Plötzlich gab das Gerüst nach und vier auf ihm beschäftigte Ausreicher stürzten in die Tiefe. Der 30 Jahre alte Kollege Peter Schmidt aus Wieden erlitt einen Schädelbruch und war auf der Stelle tot; er stürzte kopfüber in einen Schacht. Schwere Verletzungen erlitten ferner die Kollegen Jakob Roth aus Dornheim, Heinrich Becker aus Eschbach und Wilhelm Seipen aus Hochstadt. Ein weiterer Kollege hielt sich an einem Drahtseil fest und ein anderer stand auf einer anderen Abteilung des Gerüstes, so daß sie mit dem Schredder davonkamen. Die Verunglückten sind alle in unserm Verband organisiert.

Auch dieses Unglück ist, wie schon so manches, auf die Tatsche, die bei solchen auf dem Submissionswege vergebenen Arbeiten vorherrscht, zurückzuführen. Möglichst rasch mit der Arbeit fertig zu werden, dabei an Material zu sparen, ist dann die Veranlassung, sich mit primitiven Gerüsten zu behelfen. Taifächlich waren auch bei dem Gerüstbau nicht genügend Bretter vorhanden. Die Kollegen waren deshalb genötigt, auf einem Hängegerüst zu arbeiten, das für sechs Arbeiter zu schwach war. Aus dem Bruch der Streiche geht hervor, daß sie durch Lüftisse beeinträchtigt war und außerdem an der Brücke einen durchgehenden Ast hatte. Die Kollegen hatten die Streiche zwar geprüft, aber nichts an ihr gefunden. Sie hätte schließlich auch noch ausgehalten, wenn die Belastung nicht zu stark gewesen wäre. In der Mitte schützte auch noch ein Gerüsthalter. Außerdem müssen bei veraltigen schrägen Hängegerüsten die Bretter angebunden werden, um ein Rutschen unmöglich zu machen. Ferner fehlten die Rückenstangen, die unbedingt härter angebracht werden müssen. Durch Postulatkommission wurde die Ursachen des Unglücksfalles sofort festgestellt und die Unfallstelle photographiert. Das Unglück lehrt auch erneut wieder, daß in der Vauten- und Gerüstkontrolle gar nicht genügend gelesen werden kann und daß unsre Kollegen sowohl bei dem Bau dieser Gerüste wie auch bei den Arbeiten auf solchen die größte Vorsicht walten lassen sollten.

**Unangenehme Vermeidung.** Ein 33jähriger Kollege aus Nied, der auf einer Arbeitsstelle in Frankfurt am Main eine glasige Vier trinken wollte, ergoß aus Versetzen die daneben stehende flüssige Salinialgeist und starb daran. Er verbrannte sich Mund und Magenschleimhäute so sehr, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Gesicht, die Augen, Salvarsäure, Salinak usw. enthalten, sollten stets, um Unglück zu vermeiden, gekennzeichnet sein.

#### Baugewerbliches.

**Der Bauarbeiterabschluß in Hamburg-Altona und Umgegend.**

In der Woche vom 7. bis 15. Juni dieses Jahres ist durch die Bauarbeiterkommission von Hamburg, Altona und Umgegend eine Sommerdienstdienstkontrolle vorgenommen worden. Kontrolliert wurden 331 Baustellen und Arbeitsplätze. Die Kontrolle umfaßte Hamburg mit 279 Baustellen respektive Arbeitsplätzen, Altona mit 24, Bramfeld mit 10, Wandsbek mit 6, Wilmersburg mit 6 und Schleswig mit 6 Baustellen zehnitive Arbeitsplätze. Die Art der Bauten war folgende: Betonbauwerke 244, Betonbauten 14, Durchbauten 17, Eisenkonstruktionsbauten beziehungsweise Brückenbauten 12, Liegebauten 21, und 23 waren Werkplätze verschiedener Art. Von den Bauten waren 28 Staatsbauten. Insgesamt waren auf diesen Baustellen 6316 Bauarbeiter beschäftigt, 4733 waren bei organisierten Unternehmen beschäftigt und 198 Bauten wurden von organisierten Unternehmen ausgeführt.

Aufzengerüste standen an 197 Bauten; an 34 Bauten waren die Gerüste fehlerhaft.

An sieben Bauten waren die Aufsichter der Gerüste von Mitte zu Mitte zu weit auseinanderge stellt.

Für die Sicherheit des Betriebes ist das sehr von Bedeutung;

denn durch die zu weite Entfernung der Aufsichter voneinander werden die Reihplanken zu sehr in Anspruch genommen, und leicht kann dadurch ein Unfall entstehen.

An 39 Bauten wurde über die Hand gemauert, in 24 Fällen am Giebel, in 15 Fällen an der Front. An 16 Bauten waren vorschriftsmäßige Schutz-beziehungsweise Fanggerüste angebracht, teilweise Schutz gegen Absturz war an 16 Bauten und an 7 Baustellen war keinerlei Schutz gegen Absturz vorhanden. Hier bei dem Überdachhandmauern handelt es sich einmal um eine der gefährlichsten Arbeitsweisen im Baugewerbe, andererseits bringt es, da kein Aufzengerüst beziehungsweise Schutz mit ausgeführt wird, aber auch bedeutende Gefahren für den Zimmerer beim Verlegen der Balkenlagen und für den Bauarbeiter zum Herauslassen des Materials an die Arbeitsstelle mit sich. Daher vertreten die baugewerblichen Arbeiter schon seit Jahren den Standpunkt, daß diese gefährliche Arbeitsweise möglichst zu verhindern ist. Diese Stellungnahme hat den Erfolg gezeigt, daß einige Berufsgenossenschaften, unter anderem auch die hamburgische Baupolizeibehörde, darüber Bestimmungen mit in die Verordnung aufgenommen haben. Zuletzt muß aber auch heute noch an dieser Stelle gesagt

werden, daß die Handhabung der Absätze 1 und 2 des § 20 der Senatsverordnung, betreffend das Überdachhandmauern, in den einzelnen Bezirken seitens der behördlichen Organe sehr verschieden ist. Eine ganz andre Stellungnahme besteht die Hamburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft zu dieser wichtigen Frage, in deren Unfallverhütungsvorschriften über Schutz gegen Absturz bei dieser gefährlichen Arbeitsweise nichts enthalten ist. An jener Stelle ist man dieser Forderung noch nicht ein bißchen entgegengekommen. Dementsprechend ist es auch in Altona, Wandsbek und Schleswig mit dem Schutz nach dieser Richtung hin schlecht bestellt. Es ist das der nackte Unternehmensstandpunkt, den aufzuzeigen man an der Stelle alle Ursache hätte. 26 Gebäude, auf denen Arbeiter beschäftigt waren, hatten keine Schutzpläne beziehungsweise kein Gesänder. In 46 Bauten waren die Balkenlagen nur teilweise beziehungsweise schlecht abgedeckt. An 37 Bauten wurde Dacharbeit verrichtet, an 21 waren die Gerüste zum Schutz für die Dachdecker und Klempner gegen Absturz liechen geblieben, in neun Fällen war teilweise Schutz vorhanden und an sieben Bauten wurde ohne jeglichen Schutz Dacharbeit verrichtet.

Der Materialtransport in die Stockwerke ging an 137 Bauten mittels Maschinen vor sich, an 67 Bauten mittels Leitern, und an elf Bauten wurde das Material auf Treppen befördert. Hierdurch ist ersichtlich, daß der Transport des Materials an den Neubauten in die verschiedenen Stockwerke durch Tragen auf Leitern fast ausgebaut hat und durch die Maschine verdrängt ist. Die 67 Bauten sind durchweg kleinere Häuser, die elf Bauten, die dachdicht sind. Auf den andern Bauten, von welchen die Angaben fehlen, wird das Material auf Laufbrücken transportiert, da die Installation des elektrischen Stromes mit zu großen Unfällen verknüpft ist. An neun Außengängen fehlten zum Schutz für die auf dem Terrain beschäftigten Schubdächer. In 23 Fällen waren an den Laufbrücken die Geländer nicht vorschriftsmäßig (meistens nicht stark genug) oder sie fehlten auch ganz. Die Leitern waren an 29 Bauten teilweise unvorschriftsmäßig (zu kurz) oder auch in schlechtem Zustand, mehrfach geflickt. Schubdächer an den Gerüsten beziehungsweise Giebeln fehlten an 35 Bauten. Genießbares Trinkwasser fehlt an 223 Baustellen.

Auf 40 Baustellen hingen die Unfallverhütungsvorschriften nicht aus, in Hamburg (279 Baustellen) hing die Verordnung, betreffend den Schutz der an Hochbauten beschäftigten Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, an 46 Bauten nicht aus. Wie sich die auf den Baustellen beschäftigten Arbeiter, wo keine der Vorschriften anhängen, wohl über die Vorschriften orientieren sollen? Das Rätsel zu lösen wäre eine zeitgemäße Aufgabe der beiden in Frage kommenden Behörden. Ein Verbandtakt sollte auf 39 Baustellen und einem Werkplatz. Auf 89 Baustellen und neun Werkplätzen fehlte die "Anleitung zur ersten Hilfe bei Unfällen und Verhütung von Erkrankungen des Bauarbeiters". Hier muß allerdings auch unzweckiges vorangestellt werden, damit das, was die Arbeiter sich geschaffen haben, in Anwendung gebracht wird. Die oben angeführte "Anleitung" ist durch die Vorstände der Organisationen sowie im Bureau der Bauarbeiterkommission erhältlich. Die Vertragsleute auf den Baustellen sollten es sich angelegen sein lassen, auch dafür zu sorgen, daß das Blatt zur Kenntnis gebracht wird.

Noch einiges über die Betonbauten. Es wurden Betonstellen angetroffen, wo man sich bei der Herstellung der Betonmischnung nicht der Mehrgesäcke bediente; man konnte diese nicht in Anwendung bringen, weil keine vorhanden waren. Dieses betrifft meistens Grundsicherung bei Wohnhäusern. Der Schutz für die Arbeiter an den Betonbauten ist auch heute noch recht mangelhaft.

Die Vorschriften heilen der Bauhütte nicht aus, auch noch sehr viel zu wünschen übrig. Einige waren sogar ohne Fenster, bei über 30 wieder litten die Fenster nicht geöffnet werden, und mehrere hatten keine Fußböden, in 14 lagerte Material, so daß die Bauarbeiter zu wenig Platz hatten für ihren Aufenthalt. Bei 14 Bauten waren die Unterkunftsräume sogar im Keller untergebracht. Doch sind auch einige gute Bauhütten angetroffen worden; so ist eine Baubude bei einem Eiesbau angetroffen, die nach jeder Richtung dem Anspruch genügt. Die ungenügendsten Bauhütten sind noch im Baugewerbe.

Die Beschaffenheit der Aborten läßt gleichfalls sehr viel zu wünschen übrig, zum Teil fehlten die Türen, viele waren so unidicht, daß man hineinsehen konnte, an 106 Baustellen sogar waren keine Pissoiranlagen vorhanden. Auf alle Einzelheiten einzugehen, müssen wir uns versagen; doch sei noch erwähnt, daß der Mangel an Pissoiranlagen auch in hygienischer Hinsicht bedenkliche Folgen haben kann.

Die Verhältnisse im bezug auf die Aufnahme der Aufnahmer der Statistik an den Bauten haben sich gewaltig geändert. Werden früher bei solchen Aufnahmen die Kollegen vielfach von den Baustellen verwiesen, so war es bei dieser Aufnahme nur in zwei Fällen.

Wir vernehmen nicht, daß manches in bezug auf den Bauarbeiterabschluß besser geworden ist; das ist aber so aus dem Großen heraus, in manchem muß noch viel getan werden. Dort, wo unsre Kollegen mit der Organisation zusammen auf den Bauten sind, da geht es auch, auf diesen Baustellen hebt sich der Schutz gegen andre ab; das fällt dem Beobachter der Linie auf, ja, das wird selbst von autoritativen staatlichen Aufsichtspersonen anerkannt. Wir wissen sehr wohl, daß auch dort bei einzelnen Personen der Willen vorhanden ist, mitzuholen an der Lösung der Beisetzung des Bauarbeiterabschluß auf den Bauten. Jedoch was aus treut, das ist das System; infolge der Eigenart der Kontrolle ist es nicht so leicht, ja, unmöglich, den Bauarbeiterabschluß dahin zu bringen, daß die größten Gefahren befreit werden. Daher kann es nichts anderes geben, diese Frage in der Form zu lösen, daß die mobilen Gewerkschaften dazu eintreten, Kontrollen aus Arbeiterkreisen anzustellen. Löst die Regierung die Frage in der Form, dann hat sie Anspruch, ernst genommen zu werden. Daher werden die baugewer-

lichen Arbeiter solange ihren Ruf erschallen lassen, bis die behördlichen Organe diesem zustimmen.

#### **Die Bauarbeiterbeschaffungskommission**

Mangelhafter Gerüstbau. Ein schlimmes Bauunglück ereignete sich in Dresden durch einen Gerüstinsturz. In einem Kinotheater wurde bei einem Umbau ein 15 Meter hohes Gerüst errichtet, auf dem die Stukkateure Arbeiten an der Decke ausführten. Am Mittwoch mittag stürzte plötzlich das Gerüst zusammen und begrub die darauf arbeitenden Stukkateure, den Werkführer und zwei Gehilfen, unter sich. Der Werkführer, ein 52jähriger Mann, erlag sofort den dabei erhaltenen Verletzungen, die zwei Gehilfen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Wie sogar von der bürgerlichen Presse bestätigt wird, liegt die Schuld an der mangelhaften Ausführung des Gerüstes. Es soll dazu schon oft gebrauchtes, teilweise morschес Material verwendet worden sein. Der Gerüstbau ist von der Firma M. Röde in Dresden ausgeführt worden, die wohl zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wird. Besonders tragisch ist dabei, daß einer der schwer Verunglückten schon bei dem Gerüstinsturz vor einigen Jahren in der Görlitzer Musikhalle mitbetroffen und von jener Zeit her Unfalltrinker war. Dieser Fall in Dresden beweist wieder einmal, wie unverantwortlich leichtsinnig immer noch beim Gerüstbau verfahren und wie wenig Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter genommen wird.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

Zur Bewegung der Arbeiter auf den Seeschiffen.  
werken. Am 4. Juli fanden auf Einladung der einzelnen Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes der Seeschiffswerften zwischen Vertretern der Werkbesitzer und Vertretern der Arbeiter von den Werften der Unterweser, der Elbe und des westlichen Offseengebiets unter Hinzuziehung von Vertretern der örtlichen Organisationsleitung in Hamburg Verhandlungen statt. Die Verhandlungen fanden ihrem ganzen Charakter nach nur eine allgemeine Besprechung der Behandlung Angelegenheit sein: irgendwelche Entschlüsse über die Forderungen der Arbeiter konnten noch nicht gefasst werden. Es wäre also auch eigentlich noch nichts zu berichten. In der bürgerlichen Presse erscheinen aber trotzdem schon Berichte über die Verhandlungen. Diese Berichte enthalten in der hauptsache Unwahres. Bei der Besprechung am Freitag haben die Vertreter der Werkbesitzer die Forderungen der Arbeiter als zu weitgehend bezeichnet; aber man hat am Schluß der mehrere Stunden dauernden Besprechung vereinbart, daß am 8. Juli die Vertreter wieder zusammengetreten sollen unter Hinzuziehung noch einiger

Arbeitervertreter von den Unternehmern. Diese Verhandlung hat sich wiederum mit den allgemeinen Fragen, die alle Bersten betreffen, beschäftigt. Dann wurde am nächsten Tag mit der Beratung der örtlichen Angelegenheiten begonnen. Wie schon erwähnt, finden diese Verhandlungen nur für die Bersten, die in den oben bezeichneten Gebieten liegen, statt; für die Bersten an der Elde sind ebenfalls Verhandlungen angezeigt, und zwar in als vorläufiger Termin Freitag, der 11. Juli, in Aussicht genommen. Verhandlungsort ist Stettin. Da einzelne Teilnehmer der Hamburger Verhandlungen jedenfalls auch in Stettin anwesend sein sollen, wird der Verhandlungstermin je nach dem Fortgang der Hamburger Verhandlungen eventuell geändert werden. Am Sonntag, 6. Juli, tagte in Hamburg eine Konferenz der Werstler. Diese Konferenz war zur Information der Werstler über den Stand der Bewegung notwendig. Eine weitere Stellungnahme zu den Verhandlungen trübt die Maßnahmen, die seitens der Vertreter der Besitzer getroffen worden sind, hat die Konferenz nicht für notwendig erachtet. Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen bisher noch nicht zu erkennen gegeben, was für Absichten bezüglich etwaiger Zugesändigkeiten.

Die ür beginnen: in folgedessen muß bei den weiteren Verhandlungen eine darüber Klärung geschaffen werden. Dazu erü, wenn die Verhandlungen ein bestimmtes Ergebnis gebracht haben, kann eine weitere Konferenz Ve-

Die neuen Verhandlungen, die am 9. und 10. d. M.  
fortgesetzt haben auch noch zu keiner nennenswerten  
Vereinbarung der Parteien geführt. Dafür haben am  
Samstag nun auch die Unternehmer Vorschläge ge-  
macht, was sie zu bewilligen gedenken. Die Vorschläge  
waren aber zu gering, die Arbeitgeberseite kündigte  
daher nicht einzuheben. Die Verhandlungskommission der  
Arbeiter hat dann zu den Vorschlägen der Unternehmer  
in einer besonderen Zusammensetzung Stellung genommen  
und darüber an die Unternehmer die Mitteilung ge-  
richtet, daß die Arbeitgeberseite bei weiterem Einlaufen  
der Unternehmer die Unternehmer zu weiteren Verhandlungen

#### **Die Entwicklung nach den Wahlen vom 17. Februar**

genossenschaft rechnet nicht wie andre Berufsgenossenschaften mit den wirklich verdienten Löhnen. In der Seeunfallversicherung wird mit der Durchschnittslöhne gerechnet, die von den Seämtern festgesetzt wird. Der Bericht hebt aber besonders hervor, daß diese Durchschnittslöhne ständig erhöht worden sind. Das mag richtig sein. Es muß aber hinzugefügt werden, daß darüber immer erst ein heikler Kampf durch die Seeleute, teilweise auch durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion geführt werden mußte. Im Jahre 1912 wurden rund 80 Millionen Mark Durchschnittslöhne angerechnet. Auf den durchschnittlich Beschäftigten entfallen etwa 820 Mk., auf den Vollarbeiter etwa 1000 Mk. pro Jahr. Die Betriebsunfälle haben sich nicht nur absolut, sondern auch relativ ungeheuer vermehrt. Sie stiegen von 854 oder 22,3 Verletzte pro 1000 Versicherte im Jahre 1888 auf 3898 oder 45 Verletzte pro 1000 Versicherte im Jahre 1912. In den letzten 25 Jahren deutscher Seeschiffahrt wurden 67536 Unfälle, 57123 Verlebungen und 10412 Todesfälle gezählt. Das sind ganz ungeheure Opfer, die da im Interesse des Reedereigewerbes gebracht wurden. Der Genossenschaftsbericht muß das anerkennen, sucht aber allerlei Entschuldigungen, wie die fortwährende Maschinelle Entwicklung, die größeren Schiffssabstropchen usw. Im Jahre 1912 wurden an 5822 Personen 1182050 Mk. Unfallentschädigung gewährt. In den Jahren 1888 bis 1912 wurden insgesamt 15,4 Millionen Mark ausgezahlt. Wegen Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften wurden zahlreiche Geldstrafen verhängt. Eine Reederei mußte z. B. 23000 Mk. zahlen. Der Bericht zollt für die großzügige Entwicklung der deutschen Raussahrtschiffahrt den Behörden und einigen andern Persönlichkeiten großes Lob. Der Mitwirkung der gesamten Arbeiter- und Beamtenchaft wird mit keinem Wort gedacht. Wie immer in unserer Zeit des Personenkultus.

**Organisation der Berufswahl.** Von den Leuten, die den Mittelstand und vor allem das Handwerk erhalten wollen, wird fortwährend Klage darüber geführt, daß immer weniger von den jungen Leuten, die aus der Schule entlassen werden, zu einem „Meister“ in die Lehre treten und sich zunftmäßig ausbilden lassen. Es müsse Besorgnis erregen, so heißt es, wenn bei der Berufs- und Betriebszählung von 1907 in der Industrie etwa 350 000 Jugendliche gezählt wurden, von denen nur etwa 150 000 eine eigentliche Ausbildung genossen haben, während die Mehrzahl als ungelernte Arbeiter zu mechanischen Hilfseleistungen Verwendung fand. Diese Klagen der Handwerksämtern und anderer Organisationen um den fehlenden aufstrebenden Nachwuchs haben die Behörden veranlaßt, einzutreten und eine Organisation der Berufswahl vorzunehmen. Solche Versuche sind gemacht worden in München, Straßburg und Pforzheim, wo man, in der Einzelausführung verschiedene Wege einschlagend, in der Hauptfache ein Zusammenwirken des Arbeitsamts mit der Schule und den gewerblichen Vereinigungen zum Zwecke der Lehrlingsvermittlung organisierte und „nicht unwe sentliche Fortschritte auf dem Gebiete der Berufswahl“ erzielt haben will. In Halle a. d. S. hat das Statistische Amt seit 1908 eine „Elternsprechstunde für Berufswahl“ eingerichtet. Die aus der Schule entlassenen Söhne und Töchter sowie Erwachsene können sich darin Auskünfte über Berufsstufen holen. Es werden auch für die Berufswahl Vorschläge gemacht. Hat sich der Jugendliche für einen Beruf entschieden, dann wird auf seinen Wunsch versucht, ihm eine geeignete Lehrstelle zu vermitteln. Die ganze Einrichtung ist während der vier Jahre ihres Bestehens merkwürdigerweise nur von 264 Personen in Anspruch genommen worden. Das Amt gibt aber an, daß sein Beispiel Nachahmung gefunden habe. Eine ganze Reihe von Städten hätten sich erkundigt. Materialien erhielten usw.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß in der Frage der Berufswahl Mißstände vorhanden sind. Diese liegen aber zum guten Teil in entgegengesetzter Richtung als der von den Mittelstandstreunden angenommenen. In vielen Berufszweigen ist eine Überfüllung mit Lehrlingen vorhanden. In wenigenen aber, wo sie fehlen, hat dieses meist keine guten Gründe. Vielfach ist sogar eine ganz schaumlose Lehrlingszucht erstaunlich zu treffen, bei der von einer Aus- und Durchbildung des einzelnen Lehrlings keine Rede sein kann. Bei dem Auszuge in den „fächtigen Nachwuchs“ ist es den Janungsmäesten oft nur um die Erlangung billiger Arbeitsskräfte zu tun, mit denen allein sie noch ihre Gründen halten können. Die Zunahme der ungelerten Arbeiter hängt mit der gesamten Entwicklung unserer kapitalistischen Produktion zusammen. In den mehr und mehr wachsenden Großbetrieben herrscht die Teilarbeit vor, die in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erlernen ist. Viele Lehrlinge, wohl die Mehrzahl aller zunftmäßig gelehrten Arbeiter, müssen später Fabrik- und Teilarbeit verrichten und können nicht selbständig werden. Deshalb also erst die Unlosten langer Lehrjahre und deshalb erst für die Janungsmäester ein Ausbeutungs-

\*

Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten  
im soeben erschienenen zweiten Berichtsjahrheft zur  
Statistik des Deutschen Reiches finden wir eine Ueber-  
sicht über die Finanzen des Reiches und der Bundes-  
staaten, die sich für das Jahr 1912 auf die Vorauszahlungen  
des Jahres 1912 und die Rechnungen des Jahres 1911  
stützt. Es ist dabei freilich zu berücksichtigen, daß die  
Verschiedenartigkeit der Staatsausstellung und des Staats-  
jahrtes in den einzelnen Bundesstaaten einer absoluten  
Vergleichbarkeit im Wege steht. Das Hauptergebnis des  
Jahrs 1912 ist nach dem Monat März folgendermaßen:

	Gesamtbetrag in Millionen Mark	Gesamtbetrag in Millionen Mark	Gesamtbetrag in Millionen Mark
Summengutsatz des Kreises der Thüringer Städte	3246	3286	44802
-	6160	6127	15697

Kosten . . .	6460	6537	15697
Bücherneu	9746	9722	20499

Einnahmen und Ausgaben sind auch die gegenseitigen Zahlungen, wie die Matrikularbeiträge der Bundesstaaten an das Reich und die Ueberweisungen des letzteren an die ersten enthalten, die, soweit sie sich gegenseitig aufheben, natürlich nicht in Tat erledigt, sondern durch Ueberweisungen ausgeglichen werden. Die Matrikularbeiträge stellten sich 1912, nach dem Voranschlage, auf 247 Mill. M $\ddot{L}$ , die Ueberweisungen auf 195,1 Mill. M $\ddot{L}$ , so daß die Mehrleistungen der Bundesstaaten an das Reich 51,9 Mill. M $\ddot{L}$  betragen.

Die Ausgaben des Reiches und der Bundesstaaten gliedern sich folgendermaßen unter Zusammenfassung der ordentlichen und der außerordentlichen Ausgaben:

	die Gesamt- erlöse erzielte	Gesamt- ausgaben in Geschäftsjahr	Leistungen an das Reich resp. Über- weisung an die Bundes- staaten in Millionen Mark	Für die feste Gesamtbil- derhaltung
Reich . . . . .	819	236	195	2006
Bundesstaaten . . . . .	3389	689	284	2096
<b> zusammen</b>	<b>4238</b>	<b>925</b>	<b>479</b>	<b>4102</b>

Unter den „Ausgaben für die sonstige Staatsverwaltung“ stehen im Reiche die für Heer und Flotte natürlich an erster Stelle. Die Ausgaben für das Heer betrugen nach dem Voranschlage 1912 976 Mill. M., also rund eine Milliarde, die für die Flotte 471 Mill. M. Für die innere Verwaltung gibt das Reich 125 Mill., für die Finanzverwaltung 577 Mill., für äußere Angelegenheiten 46 Mill., für Kunst, Wissenschaft, Schule usw., ganze 3,6 Mill. M. aus, das ist noch nicht der vierhundste Teil der Aufwendungen für Militarismus und Marinismus. Freilich liegt die Pflege der Wissenschaften und schönen Künste ja auch in erster Linie den Bundesstaaten ob, die dafür 1912 538 Mill. M. aufwenden. Für die Bundesstaaten waren im übrigen die Ausgaben für innere Verwaltung auf 337 Mill., die für die Finanzverwaltung auf 402 Mill. M. veranschlagt.

Die veranschlagten Einnahmen sehten sich demgegenüber folgendermaßen zusammen:

	Großher- stülfte	Steuern und Zölle	Gebühren in Millionen	Über- weisungen, Abgeltungen, Vergütungen, Weiterzahlar- beitge	Gewinne Gesamt Gesamtbilan-	Netto Vereinen und Stach- fonds
Reich . . . . .	979	1840	19	284	313	135
Bundesstaaten . . . . .	4247	1066	279	195	304	243

Während das Reich in seinen Einnahmen vorwiegend auf Zöllen und Steuern basiert ist, bilden in den Bundesstaaten die Erwerbsanstalten die Haupteinnahmequelle. Insgesamt erreichen die Nettoeinnahmen (nach Abzug der Rohausgaben von den Nettoneinnahmen) für Erwerbsentkünfte in Reich und Bundesstaaten zusammen die Höhe von 1181 Mill. M., Davon entfallen 783 Mill. M. auf die Staatseisenbahnen, 141 Mill. M. auf Post und Telegraphie; aus den staatlichen Forsten wird die Summe von 142 Mill. M. vereinnahmt, aus den Domänen die von 32 Mill. M.

Endlich dürfte es noch von besonderem Interesse sein, die Zusammensetzung der Einnahmen in Reich und Bundesstaaten aus Steuern und Zöllen zu erfahren. Von dem Gesamttrag in Höhe von 2906 Mill. entfielen 812 Mill. (12.51 Ml. pro Kopf) auf die direkten Steuern, 1638 Mill. (25.23 Ml. pro Kopf) auf die Zölle und Aufwandssteuern, 390 Mill. (13.42 Ml. pro Kopf) auf die Verkehrssteuern und 65 Mill. (1.04 Ml.) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuern. Vom Gesamtsteuerertrag wurden 30,2 Proz. durch direkte, sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern, d. h. Steuern, die in erster Linie die Besitzenden belasten, dagegen 70 Proz. durch Zölle, Aufwands- und Verkehrssteuern, die vornehmlich auf den Schultern der Besitzlosen ruhen, aufgebracht. An Reichssteuern trafen den Kopf der Bevölkerung 28.34 Ml., an Staatssteuern 16.42 Ml., zusammen 44.76 Ml. Die vier- bis fünfköpfige Familie ist demnach im Durchschnitt mit 175 bis 220 Ml. Steuern belastet.

Der Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen im Jahre 1912. Für die Organisation der ungelerten Arbeiterschaft im Buch- und Steindruckgewerbe war das Jahr 1912 ein sehr kritisches, und es bedurfte einer unausgesetzten und strengenden Arbeit, um die zutage getretenen inneren und äußeren Schwierigkeiten zu bewältigen. Ende 1911 ließen die in 20 Druorten seit fünf Jahren bestandenen Lohntarife ab, die zu erneuern die Unternehmer keine Lust mehr zeigten. An dieser Tarifmüdigkeit scheltern denn auch die Verhandlungen über die Revision der zentral abzuschließenden allgemeinen Bestimmungen, weil die Vertreter der Hilfsarbeiter der Einführung

weil die Vertreter der Hilfsarbeiter der Einführung bedeutsamer Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses besonders aber einer Verlängerung der Arbeitszeit nicht zugestimmen konnten. Durch die Vermittlung des Tarifamts der deutschen Buchdrucker kam es dann doch zu einer Einigung für zehn Städte mit ganz unnehmbaren Verbesserungen einzelner Bestimmungen und einer Erhöhung der Minimallohnsätze um  $12\frac{1}{2}$ , 10,  $7\frac{1}{2}$  und 6 Proz. Die Wiedereinführung des Tarifes in den übrigen Orten war dadurch ganz besonders erschwert weil durch die kurz vorher beendigte große Bewegung im Steindrucksgewerbe die dort dominierenden Schriftmacher ihren unheilvollen Einfluss gegen die Tarifabschlüsse teilweise mit Erfolg geltend machen. Hinzu kommt noch, daß durch das tariffeindliche Verhalten des damaligen Leiters der Berliner Zahnstelle für manche Unternehmergruppen ein willkommener Auslöser gegeben war, ihre Abneigung gegen Tarifabschlüsse hinter den „Tarifpunkte“ des Hilfspersonals verschleiern zu können. Ein außerordentlicher Verbandstag, der im Februar 1912 in Berlin tagte, erklärte sich aber mit der von der Verbandsleitung eingeschlagenen Tarif einverstanden und ebnete damit die Wege für eine erprobte Weiterarbeit. Es ist dann im Laufe des Jahres gelungen in noch acht Städten den Tarif auf der Grundlage des zentralen Abschlusses zur Einführung zu bringen und in einer Reihe von Lohnbewegungen die Lohnverhältnisse für einen großen Teil der Mitglieder zu verbessern. Die Gewerkschaften der Verbandsstädte belieben sich auf

354 875.70 M. die Ausgaben auf 312 339.91 M. An Unterstützungen wurden bezahlt 174 001.68 M. und zwar: 90 402.20 M. für Arbeitslose, 42 274.80 M. für Kranke, 30 139.87 M. für Streikende, 5320.— M. für Wöhnerinnen, 3235.02 M. für Nachschluss, 1836.19 M. für Gemahlinnen, 3235.02 M. für Nachschluss, 1836.19 M. bei außerordentlichen Notfällen. Die Verwaltungsausgaben beispielen sich auf 68 151.83 M. Das Verbandsorgan erforderte 28 010.59 M. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresende 7048 männliche und 8538 weibliche, zusammen 15 586 Mitglieder, die sich auf 72 Bahnhöfen verteilen.

## Gesellschaftliches.

Zentralsterbklasse „Leo“ und die Volksfürsorge. Der Zentralsterbklasse „Leo“ muss bestätigt werden, dass sie ihre Absicht, die Volksfürsorge mit „allen Mitteln“ zu belämpfen, „redlich“ ausführt. Lüge und Verleumdung nehmen unter diesen Mitteln einen hervorragenden Rang ein. Geht man aber einmal der marktschreitischen Reklame der „Leo“-Kasse auf den Grund, so bleibt wirklich nicht viel von ihren „hervorragenden“ Leistungen übrig. Ein Vergleich zwischen Volksfürsorge und „Leo“-Kasse möge darüber belehren, wobei nur ans einige Unterschiede, lange nicht auf alle, hingewiesen werden soll.

Die Volksfürsorge nimmt alle Volksangehörigen auf, Männer, Frauen, Kinder, unbekümmert um ihre religiösen und politischen Anschaunungen, unbekümmert auch um ihre Zu- oder Nichtzugehörigkeit zu Vereinen irgendwelcher Art.

Die „Leo“-Kasse nimmt nur Mitglieder katholischer Vereine auf.

Die Volksfürsorge stellt keine hochspezielle Vorfragen bezüglich des Lebenswandels der Aufzunehmenden.

Die „Leo“-Kasse nimmt nur Personen auf, die einen achtbaren Lebenswandel führen. Die „Leo“-Leute scheinen in dieser Beziehung sehr streng Richter zu sein, denn sie melben selbst in ihrem Jahresbericht, dass sie im Jahre 1912 in 638 Fällen die Aufnahme abgelehnt haben.

Bei der Volksfürsorge findet eine ärztliche Untersuchung nicht statt; die „Leo“-Kasse verlangt in zweifelhaften Fällen oder wenn das Sterbegeld den Betrag von 500 M. übersteigt, auf Kosten des Versicherungsnahmers ein ärztliches Gesundheitsattest.

Auch bei Prüfung des Gesundheitszustandes scheint die „Leo“-Kasse sehr streng zu verfahren, denn ihr Jahresbericht meldet, dass sie in 41 Fällen die Wartezeit auf drei Jahre verlängert hat.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen Volksfürsorge und „Leo“-Kasse, der, wie jedermann weiß, auch für die Berechnung der Versicherungssumme in Betracht kommt, ist also der — die Volksfürsorge betreibt Volksversicherung mit nicht ausgewählten Risiken, die „Leo“-Kasse, eine kleine Sterbklasse, mit nur streng ausgewählten Risiken.

Die Volksfürsorge erhebt von allen Versicherungsnahmern, unabhängig von der Höhe der Versicherungssumme, eine Aufnahmegerühr von 1 M.

Bei der „Leo“-Kasse hat jedes betretende Mitglied für jede angesangene hundert Mark Versicherungssumme 50 Pfennig Einschreibegeld zu entrichten, außerdem für Quittungsbuch und Versicherungsschein 20 Pfennig.

Bei 1500 M. Versicherungssumme beträgt mithin die Aufnahmegerühr bei der Volksfürsorge 1 M., bei der „Leo“-Kasse 7.70 M.

Bei der „Leo“-Kasse ist es Vorschrift, dass die Prämien am 1. jeden Monats bezahlt werden müssen; bei Zahlungsversäumnis wird für je 50 Pfennig und Monat eine Strafe von zwei Pfennig erhoben. Das bedeutet also für sehr viele Mitglieder eine Belagsverhöhung von 4 bis 20 Proz. Die Volksfürsorge kennt selbstverständlich ein solches Strafssystem nicht.

Bei der „Leo“-Kasse kann die Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung erst nach dreijähriger Prämienzahlung erfolgen; bei der Volksfürsorge findet eine Umwandlung erforderlichenfalls schon im ersten Jahre statt.

Die „Leo“-Kasse versücht also genau so rigoros wie die kapitalistischen Gesellschaften, ja, in Folge ihrer Ausschlussbestimmungen noch weit rigoros.

Es gibt in ganz Deutschland keine zweite Gesellschaft, bei welcher auf diesem Gebiete derart schlimme Zustände herrschen, wie bei der „Leo“-Kasse. Die „Leo“-Kasse verschweigt, wieviel arme Leute durch ihre rigorosen Versicherungsbedingungen schon ihre eingezahlten Prämien verloren haben, ohne auch nur einen Pfennig zurückzuhalten.

Wenn die Rücklagen es gestatten, kann von fünf zu fünf Jahren eine Erhöhung des Sterbegeldes eintreten. Während des 17jährigen Bestehens der Kasse ist bis jetzt ein einziges Mal (Ende 1909) das Sterbegeld von 90 auf 96 M. erhöht worden. Vorstand und Ausschussrat der „Leo“-Kasse können aber auch, und zwar, wie es in § 34 ihrer Satzungen heißt: mit Wirkung für die bestehenden Versicherungsverhältnisse, eine Herabsetzung des Sterbegeldes beschließen.

Bei der Volksfürsorge ist dies ausgeschlossen; die Versicherungssummen sind den Sicherheiten garantiert. Auf die tatsächlich angegebenen Summen haben sie ein fassbares Recht.

Für die Erfüllung ihrer mit der Volksfürsorge abgeschlossenen Verträge haften den bei ihr Versicherten die zu bildenden Prämienreserven und außerdem der Organisationsfonds in Höhe von 200 000 M. jowil das hat eine eingezahlte Aktienkapital von einer Million Mark.

Warum verschweigen die „Leo“-Leute bei ihrer straflosen Agitation gegen die Volksfürsorge diese Tatsachen? Weil bei einem wirklich wahrheitsgemäßen Vergleich mit der Volksfürsorge die „Leo“-Kasse ganz erbärmlich abscheiden muss.

Sand in die Augen! Nach dieser Methode behandeln die „Leo“-Leute die Dummchen, die sie einzufangen wollen. Wird schließlich aber alles nichts nützen,

und wenn die „Leo“-Leute auch fortfahren, die Volksfürsorge als „roten Teufel“, als „Wolf im Schafspelz“ und mit sonstigen Rosenanamen zu bezeichnen; die Volksfürsorge wird sich trotzdem Freunde in den katholischen Distrikten Deutschlands erobern und bald kräftig vorwärtsmarschieren.

## Vom Ausland.

Oesterreich.

Der große Kampf unserer Kollegen in Wien, der am 3. Juni d. J. mit der Arbeitseinstellung in 21 Betrieben mit 552 Gehilfen begonnen hat und am 9. Juni zur Aussperrung von weiteren 1500 Kollegen führte, ist, wie wir bereits in der vorigen Nummer berichtet, am 28. Juni mit dem Abschluss eines Kollettivvertrages beendet worden. Die Aussperrung umfasste die Hälfte der in Wien beschäftigten Gehilfen. Den höchsten Stand erreichte sie am Ende der ersten Aussperrungswöche. Von da ab ging sie von Tag zu Tag zurück. Dass unsre Bruderorganisation der Aussperrung gewachsen sein werde, war klar. Der Kampf wurde von unsern Kollegen so organisiert, dass er diestreitenden und ausgesperrten Kollegen in fünf Streitlagern verjammelte und von dort aus die Überwachung der Betriebe durchgeführt wurde. Jedes dieser Streitlager hatte sein eigenes Streitkomitee, das im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand den Kampf leitete. Auch die Auszahlung der Unterstützungen sowie die Abreise der Kollegen wurden von diesen Streitlagern aus durchgeführt und überall war neben dem Streitkomitee gleich eine Kontrolle gewählt worden. Die Gesamtausgaben für den Kampf an Unterstützungen betragen 63 943.64 Kronen.

Mit Stolz können die Wiener Kollegen auf diesen Kampf zurückblicken, in dem sich ihre Solidarität und ihre Organisation so glänzend bewährt haben. Das Resultat des Kampfes ist ein gutes und die Leistungsfähigkeit unsres Bruderverbandes ist durch diesen Kampf nicht im geringsten beeinflusst worden.

Nach Marburg ist Zugang von Malern und Anstreichern fernzuhalten.

Lemberg ist für Maler, Anstreicher und Lackierer gesperrt.

Prag. Die Maler stehen in Lohnbewegung, deshalb ist Prag für alle Maler gesperrt.

St. Pölten. Nachdem die Meister die Arbeitsbedingungen verschlechtert wollen und kein Vertrag eingestellt, ist St. Pölten für alle Kollegen gesperrt.

Holland.

In Utrecht und Hilversum befinden sich die Kollegen im Wohnlager. Zugang ist fernzuhalten.

Frankreich.

In Saint-Etienne befinden sich die Maler seit dem 20. April im Streit.

Zwanzig Jahre ungarischer Malerverband. Unser ungarischer Bruderverband blickt in diesen Tagen auf ein 20jähriges Bestehen zurück. Unter den schwierigsten Verhältnissen begann er sich zu entwickeln; zahllose Feinde, brutale Verfolgungen waren seine steten Begleiter. Doch trotz aller Hindernisse hat sich unser Bruderverband durchgerungen und kann heute mit Stolz auf die gemachten Fortschritte zurückblicken. Man braucht nur einen Vergleich anzustellen zwischen den Verhältnissen, wie sie vor zwanzig Jahren bestanden, und den Zuständen von heute; eine erfreuliche Vorwärtsentwicklung mag da konstatiiert werden. Die Ausbreitung der Organisationsidee in den Kreisen unserer Berufscollegen hat auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, vor allem aber in sozialer und gesundheitlicher Beziehung und in geistiger Auflösung gewaltige Fortschritte gemacht.

Das Verbandsorgan „Festok Szakkapja“ schreibt:

„Vor zwanzig Jahren begann der Malergeist aus dem Lande die Arbeit schon um 4—5 Uhr morgens, in der Hauptstadt um 6 Uhr früh und vor 7—8 Uhr gab es nirgends Feierabend. Und wie wurden sie dafür entlohnt? In der Provinz betrug der „Arbeitslohn“ 80 Kreuzer bis 1 Gulden 20 Kreuzer, in Budapest 1 Gulden bis 1 Gulden 60 Kreuzer pro Tag.“

Dazu kommt noch, dass die meisten unserer Kollegen damals noch Sklaven des Aufföldsystems waren. Was das Aufföldsystem ist? Die modernere Form der Leib-eigenschaft, und wohl dem Arbeitsbruder, der dieses System niemals kennen gelernt hat.

Prüfen wir, was wir auf dem zwanzigjährigen Wege in unserem Organisationsleben errungen haben, so scheinen die Erfolge auf den ersten Blick als sehr geringfügig und unbedeutend; aber nur der erste Blick lässt uns dies glauben; denn sobald wir sehen, unter welchen Verhältnissen wir diese Erfolge erringen mussten, so erscheint das Erzielt sofort in imposanter Größe, in der Form unvergänglichen Wertes. Wir standen immer allein auf unsre eigene Kraft angewiesen, während unsre Gegner stets ihre wirtschaftliche Kraft und die Hilfe der Behörden auf ihrer Seite — gegen uns — hatten. Aber trotzdem erzielten wir, dass heute um 7—12 Uhr früh angefangen und bis 12 oder 6 Uhr abends gearbeitet wird.

Die Aufföldarbeit — dieses unselige Slavensystem — ist aus unserm Berufe gründlich ausgerottet. Die Arbeitslöhne haben sich zum Teil mehr als verdoppelt. Es wurden verschiedene Löhne festgesetzt, die man früher gar nicht kannte und heute zur notwendigen und berechtigten Erhöhung des Verdienstes beitragen. Aber auch die Umgangsweise... Arbeitgeber mit den Arbeitern erhält eine gründliche Umgestaltung. Die Organisation verschaffte dem Arbeiter beim Arbeitgeber Achtung und Wertschätzung.

Eine präzise Registrierung der in diesen zwei Jahrzehnten erzielten Erfolge ist wegen des beschränkten Raumes unseres Blattes nicht möglich. Aber die Leitung unserer Organisation wird gewiss noch Zeit und Gelegenheit finden, die Umgestaltung, die im Laufe unseres Organisationslebens in unsrer Branche vor sich ging, jahresmäßig vor Augen zu führen. Es wird äußerst

interessant sein, zu erfahren, in welchem Verhältnis die Arbeitslöhne gestiegen sind und welche Verkürzung die Arbeitszeit erfahren hat.

Es ist durchaus nicht unsre Absicht, jetzt Lobpreisen auf die Organisation anzuclippen, um die Kollegen für den weiteren Weg, den wir noch zurücklegen müssen, zu begeistern. Es bedarf durchaus seiner lobenden oder begeisterten Worte. Tatsachen loben und begeistern mehr als die schönsten und feurigsten Reden. Die riesige Umgestaltung, welche die Organisation im wirtschaftlichen und moralischen Leben der Malerarbeiter bewirkt, spricht die Wände des Lobes und der Anerkennung. Während die Malerarbeiter während dieser zwei Jahrzehnte fast ihrer Organisation beträchtliche wirtschaftliche Erfolge errungen haben, stehen sie auch in puncto Bildung und Selbstbewusstsein unvergleichlich höher als zur Zeit des Organisationsanfangs. Die Bildungsarbeit unserer Gewerkschaft macht sich auf der ganzen Linie geltend und die Erfolge dieser Arbeit sind an jedem einzelnen Mitgliede unsrer Organisation zu erkennen.

Der Weg, den wir in diesen zwei Jahrzehnten zurücklegten, war ein schwerer und hindernisreicher, aber wir bliden mit Genugtuung auf ihn zurück, und jedes Hindernis, das wir heute überwunden sehen, gibt uns Mut zur Begehung aller weiteren, die uns noch in Zukunft den Weg versperren sollten. Denn, Kollegen, vergegt nicht: noch haben wir nicht das Ziel erreicht, dem wir seit zwanzig Jahren zustreben; noch haben wir nicht die Freiheit und das Glück aller, die arbeiten, erreungen. Noch immer müssen wir vorwärtsstreben und erwirken, dass kein einziger unsrer Arbeitsbrüder außerhalb unsres Lagers bleibe. An der zwanzigsten Jahrestunde unsres Organisationslebens wollen wir das Gelübde erneuern: Auf dem Organisationswege immer vorwärtszustreben — dem großen Ziele zu!

Wir entbieten den ungarnischen Kollegen die besten Glückwünsche auf ihrem weiteren Vormarsche und möge ihnen die Organisation, gestärkt und wohlgerüst, die treueste Stütze sein.

Beschließung der österreichischen Maurer- und Bauhilsarbeiterverbände. Die Vorstände des österreichischen Maurer- und des Bauhilsarbeiterverbandes haben in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, dass das Statut für den Centralverband der Bauarbeiter Österreichs zugestellt bei der Behörde eingereicht wird. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass der Verband der Maurer schon jetzt in allen Orten, wo eine Gruppe oder Bahnhöfe der Hilsarbeiter nicht besteht, die Hilsarbeiter aufzunehmen kann. Ferner wurde beschlossen, dass mit 1. Juli d. J. das Verbandsorgan gemeinsam geführt wird und der „Bauhilsarbeiter“ von dieser Zeit ab aufhört zu erscheinen. Das gemeinsame Verbandsorgan wird bis Ende dieses Jahres den Titel „Der Maurer“ beibehalten.

## Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung die Mappe. Verlag von Georg D. W. Gallwey in München. Das Jubiläum 1913 bringt die Tafeln 16 bis 20: Decke und Wand, Konkurrenzarbeit von A. Bacharias in München; Zwischenwirkungen von Engelbert Darringer; Raumkonkurrenz von Engelbert Darringer; Magdeburg; Decke und Wand, von Hugo Rothkopf in Krefeld und ein Alphabet von Hempel & Hild in Eisenach. Der letzliche Teil enthält höhere Artikel über Fresko und Sgraffito, die Dekorationsmalerei auf der internationalen Baufachausstellung in Leipzig und die Weltausstellung in Gent. Wir können unsern Lesern die Deutsche Malerzeitung die Mappe zum Abonnement nur empfehlen.

## Literarisches.

Soeben erschien in der Buchhandlung Vorwärts Heft 36 der Arb.-Ges.-Bibl.; Dr. Thesing, Die Verhältnisse der Maurer und Bauhandwerker. 31 S. Nach den Buchdruckern, Gasarbeiter, Schneider und Textilarbeiter sind die Arb.-Ges.-Bibl. in der Darstellung der Einzelberufe fort mit den Maurern und Bauarbeitern. Der Verfasser spricht aus langjähriger Erfahrung über diese beiden — wirtschaftlich wie gesundheitlich — so verschiedenen Gruppen von Bauarbeitern, das Menschenmaterial, die Arbeitsbedingungen und die Einwirkungen des Berufs auf die Gesundheit. An eine Einführung in die Untersuchungs- resp. Bearbeitungsmethoden schließen sich Kapitel über Arbeiter und Arbeitsverhältnisse im Bauberufe, die Arbeitsbedingungen, die Tätigkeit des Maurers, des Bauarbeiters, die statistischen Ergebnisse, die Erkrankungen der Maurer und Bauarbeiter und die Maßnahmen zum Schutz vor diesen Erkrankungen. Besonders eingehend wird die Statistik behandelt (Leipziger und Berliner Ortskrankenfasse, sowie die Zentralkrankenfasse der Maurer und des Verfassers eigene Beobachtungen in Magdeburg), um dem Leser selbst in den Stand zu setzen, sich über die Krankheiten und Sterblichkeit dieses Berufes ein zutreffendes Bild zu machen, dessen Einzelheiten in dem nächsten Abschnitt über die hauptsächlichsten Erkrankungen der Maurer und Bauarbeiter weiter ausgeführt werden.

Gold. Ein kalifornischer Roman von Friedt. Gerländer beginnt soeben mit Heft 27 „In freien Stunden“ zu erscheinen. Der Verfasser ist dem Leser nicht neu, seine Romane gehören mit zu den geliebtesten. In „Gold“ schildert der Verfasser die Goldwanderung nach dem Goldlande Kalifornien, als die Kunde von großen Goldfunden daselbst in die Öffentlichkeit drang.

Die Illustrationen sind von dem Maler Damberger. Neben dem Hauptroman läuft „Der rote Fahnen“ von Rosenkranz. Eine Erzählung, von der der Verfasser am Schlusse selbst sagt, die von Klammern, Liebe und Irrsinn handelt. Schärf gezeichnete Charaktere verschiedenster Art treten uns entgegen, und außer einem alten verdächtigen Agrarier sind es besonders die Beamten der lokalen und hauptstädtischen Justiz, die auf der Suche nach dem Bandenkrieger unser Interesse und in ihrer gegenseitigen Eifersucht unsern Lesern erregen. Denn in diesem Roman stehende ergreifende Tragik, ein feiner Humor und tödliche Sätze dicht nebeneinander. Die Abonnenten des mit Nr. 27 beginnenden Halbjahresbandes der „Freien Stunden“ erhalten mit Heft 52 gratis eine Reproduktion des vom Maler Tornier, Hannover, geschaffenen Gedel-Porträts, dunkelblau in fünf Farben ausgeführt. — Das Bild ist zum Einrahmen geeignet und bildet einen schönen Wandhintergrund für dasheim eines jeden Lesers.

"In freien Stunden". Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preis von 10 Pf. Heft 27 und 28 sind erschienen. Neuhinzugetretene Abonnenten werden die bereits erschienenen Hefte nachgelesefert. Bestellungen nehmen alle Spediteure, Kolporteure, Buchhandlungen, Postanstalten sowie der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW 68, entgegen.

Wie mache ich mein Testament ohne Rechtsanwalt und ohne Notar? Das Erbrecht, Gemeinverständliche Darstellung des Gesetzes nebst zahlreichen Testaments-entwürfeln und -beispielen. (Verfasser Hans Lustig, Kaufmännischer Sachverständiger, Baumgartens Verlagsbuchhandlung, Saarbrücken 3; Preis 1.10 M.) 4. Auflage. Das Gesetz hat die Errichtung von Testamenten ohne Mitwirkung von Notar und Gericht einerseits sehr leicht gemacht, andererseits sind ganz bestimmte Regeln und Vorschriften zu beobachten, wenn das Testament gültig sein soll. Einen Weg dazu bietet ihm das vorliegende Büchlein.

Zentralverband der Zimmerer u. v. B. Deutschlands: Bericht über die zentralen Tarifverhandlungen für das Baugewerbe. — Protokoll der Verhandlungen der 2d. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer in Berlin vom 3. bis 8. Februar 1913. — Organisationsverhältnisse, Arbeitszeit und Stundenlöhne im Zimmererberuf Deutschlands. — Publikation der im August 1911 veranstalteten Erhebungen. — Protokoll der 3. außerordentlichen Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und v. B. D. abgehalten am 8. und 9. Mai 1913 zu Berlin. Verlag von Fr. Schrader, Hamburg 13.

Deutscher Bauarbeiterverband. Protokoll über die Verhandlungen des ersten Verbandsstages. Abgehalten zu Jena im Volkshaus vom 13. bis 18. Januar 1913. Verlag des Deutschen Bauarbeiterverbandes (Fritz Paeplow), Hamburg.

Leitfad für die Bildungsarbeit in Groß-Berlin. Herausgegeben vom Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin.

**Berlin.** Der Maler Albert Mertens, geb. am 2. Februar 1879 in Halle, eingetragen am 3. März 1902 in Bremen, ist am 3. Juni 1913 von Berlin abgemeldet. Die letzten Beziehungen erhalten sehr schlecht, durch den Aufenthalt des Kollegen bestimmt, in die Freie des Kollegen sofort an das Bezirksamt Berlin, Meliorstr. 28, einzuenden.

Die Beratungen der Räte und Abstellen, welche der Aufenthalt des Kollegen Hermann Drechsler, geb. 15. Mai 1891 in Cotta, eingetragen am 14. Dezember 1909 in Dresden, angeben können, werden erläutert, dass der Kollege Straßburg umgezogen ist und dort zu leben. Er ist mit der Hilfe der Bezirksverwaltung bestimmt.

Der Aufenthalt des Kollegen Wilhelm Tackenberg, Maler geb. 18. Aug. 1890 in Stettin, steht noch fest, dieser ist dem Kollegen W. Schatz, Dresden, geboren 1890 14. mitgeteilt. Zudem ist die Sache verdeckt worden, dass der Kollege bestimmt ist, nach Dresden zu ziehen.

**Schablonen**  
stets Neuheiten!  
**G. Lorenz, Schablonenfabrik**  
Cossebaude-Dresden  
Bestell-Nr. 38 postfr.

**Maler-Mäntel**  
110 120 130 cm lang  
110 120 130 cm lang  
Preis 2 Mk. Trödel-Sachen 3.50 Trödel-Sachen  
110 120 130 cm lang 2.50 Trödel-Sachen  
110 120 130 cm lang 2.50 Trödel-Sachen  
D. Wurzel & Co., Berlin,  
Schriftenstrasse 13, L

**Buchstaben-Pausen**  
Ihnen jeder, sogar ein Kind, eine jede geschickte Tante und eine lange Zeitungen elegante und vornehme Schreibwaren herstellen. Gebe Sie 5 Zettel-Sachen pro Schrift 15 pfennig und 25 kleine Schreibwaren aus 5, 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000, 1005, 1010, 1015, 1020, 1025, 1030, 1035, 1040, 1045, 1050, 1055, 1060, 1065, 1070, 1075, 1080, 1085, 1090, 1095, 1100, 1105, 1110, 1115, 1120, 1125, 1130, 1135, 1140, 1145, 1150, 1155, 1160, 1165, 1170, 1175, 1180, 1185, 1190, 1195, 1200, 1205, 1210, 1215, 1220, 1225, 1230, 1235, 1240, 1245, 1250, 1255, 1260, 1265, 1270, 1275, 1280, 1285, 1290, 1295, 1300, 1305, 1310, 1315, 1320, 1325, 1330, 1335, 1340, 1345, 1350, 1355, 1360, 1365, 1370, 1375, 1380, 1385, 1390, 1395, 1400, 1405, 1410, 1415, 1420, 1425, 1430, 1435, 1440, 1445, 1450, 1455, 1460, 1465, 1470, 1475, 1480, 1485, 1490, 1495, 1500, 1505, 1510, 1515, 1520, 1525, 1530, 1535, 1540, 1545, 1550, 1555, 1560, 1565, 1570, 1575, 1580, 1585, 1590, 1595, 1600, 1605, 1610, 1615, 1620, 1625, 1630, 1635, 1640, 1645, 1650, 1655, 1660, 1665, 1670, 1675, 1680, 1685, 1690, 1695, 1700, 1705, 1710, 1715, 1720, 1725, 1730, 1735, 1740, 1745, 1750, 1755, 1760, 1765, 1770, 1775, 1780, 1785, 1790, 1795, 1800, 1805, 1810, 1815, 1820, 1825, 1830, 1835, 1840, 1845, 1850, 1855, 1860, 1865, 1870, 1875, 1880, 1885, 1890, 1895, 1900, 1905, 1910, 1915, 1920, 1925, 1930, 1935, 1940, 1945, 1950, 1955, 1960, 1965, 1970, 1975, 1980, 1985, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010, 2015, 2020, 2025, 2030, 2035, 2040, 2045, 2050, 2055, 2060, 2065, 2070, 2075, 2080, 2085, 2090, 2095, 2100, 2105, 2110, 2115, 2120, 2125, 2130, 2135, 2140, 2145, 2150, 2155, 2160, 2165, 2170, 2175, 2180, 2185, 2190, 2195, 2200, 2205, 2210, 2215, 2220, 2225, 2230, 2235, 2240, 2245, 2250, 2255, 2260, 2265, 2270, 2275, 2280, 2285, 2290, 2295, 2300, 2305, 2310, 2315, 2320, 2325, 2330, 2335, 2340, 2345, 2350, 2355, 2360, 2365, 2370, 2375, 2380, 2385, 2390, 2395, 2400, 2405, 2410, 2415, 2420, 2425, 2430, 2435, 2440, 2445, 2450, 2455, 2460, 2465, 2470, 2475, 2480, 2485, 2490, 2495, 2500, 2505, 2510, 2515, 2520, 2525, 2530, 2535, 2540, 2545, 2550, 2555, 2560, 2565, 2570, 2575, 2580, 2585, 2590, 2595, 2600, 2605, 2610, 2615, 2620, 2625, 2630, 2635, 2640, 2645, 2650, 2655, 2660, 2665, 2670, 2675, 2680, 2685, 2690, 2695, 2700, 2705, 2710, 2715, 2720, 2725, 2730, 2735, 2740, 2745, 2750, 2755, 2760, 2765, 2770, 2775, 2780, 2785, 2790, 2795, 2800, 2805, 2810, 2815, 2820, 2825, 2830, 2835, 2840, 2845, 2850, 2855, 2860, 2865, 2870, 2875, 2880, 2885, 2890, 2895, 2900, 2905, 2910, 2915, 2920, 2925, 2930, 2935, 2940, 2945, 2950, 2955, 2960, 2965, 2970, 2975, 2980, 2985, 2990, 2995, 3000, 3005, 3010, 3015, 3020, 3025, 3030, 3035, 3040, 3045, 3050, 3055, 3060, 3065, 3070, 3075, 3080, 3085, 3090, 3095, 3100, 3105, 3110, 3115, 3120, 3125, 3130, 3135, 3140, 3145, 3150, 3155, 3160, 3165, 3170, 3175, 3180, 3185, 3190, 3195, 3200, 3205, 3210, 3215, 3220, 3225, 3230, 3235, 3240, 3245, 3250, 3255, 3260, 3265, 3270, 3275, 3280, 3285, 3290, 3295, 3300, 3305, 3310, 3315, 3320, 3325, 3330, 3335, 3340, 3345, 3350, 3355, 3360, 3365, 3370, 3375, 3380, 3385, 3390, 3395, 3400, 3405, 3410, 3415, 3420, 3425, 3430, 3435, 3440, 3445, 3450, 3455, 3460, 3465, 3470, 3475, 3480, 3485, 3490, 3495, 3500, 3505, 3510, 3515, 3520, 3525, 3530, 3535, 3540, 3545, 3550, 3555, 3560, 3565, 3570, 3575, 3580, 3585, 3590, 3595, 3600, 3605, 3610, 3615, 3620, 3625, 3630, 3635, 3640, 3645, 3650, 3655, 3660, 3665, 3670, 3675, 3680, 3685, 3690, 3695, 3700, 3705, 3710, 3715, 3720, 3725, 3730, 3735, 3740, 3745, 3750, 3755, 3760, 3765, 3770, 3775, 3780, 3785, 3790, 3795, 3800, 3805, 3810, 3815, 3820, 3825, 3830, 3835, 3840, 3845, 3850, 3855, 3860, 3865, 3870, 3875, 3880, 3885, 3890, 3895, 3900, 3905, 3910, 3915, 3920, 3925, 3930, 3935, 3940, 3945, 3950, 3955, 3960, 3965, 3970, 3975, 3980, 3985, 3990, 3995, 4000, 4005, 4010, 4015, 4020, 4025, 4030, 4035, 4040, 4045, 4050, 4055, 4060, 4065, 4070, 4075, 4080, 4085, 4090, 4095, 4100, 4105, 4110, 4115, 4120, 4125, 4130, 4135, 4140, 4145, 4150, 4155, 4160, 4165, 4170, 4175, 4180, 4185, 4190, 4195, 4200, 4205, 4210, 4215, 4220, 4225, 4230, 4235, 4240, 4245, 4250, 4255, 4260, 4265, 4270, 4275, 4280, 4285, 4290, 4295, 4300, 4305, 4310, 4315, 4320, 4325, 4330, 4335, 4340, 4345, 4350, 4355, 4360, 4365, 4370, 4375, 4380, 4385, 4390, 4395, 4400, 4405, 4410, 4415, 4420, 4425, 4430, 4435, 4440, 4445, 4450, 4455, 4460, 4465, 4470, 4475, 4480, 4485, 4490, 4495, 4500, 4505, 4510, 4515, 4520, 4525, 4530, 4535, 4540, 4545, 4550, 4555, 4560, 4565, 4570, 4575, 4580, 4585, 4590, 4595, 4600, 4605, 4610, 4615, 4620, 4625, 4630, 4635, 4640, 4645, 4650, 4655, 4660, 4665, 4670, 4675, 4680, 4685, 4690, 4695, 4700, 4705, 4710, 4715, 4720, 4725, 4730, 4735, 4740, 4745, 4750, 4755, 4760, 4765, 4770, 4775, 4780, 4785, 4790, 4795, 4800, 4805, 4810, 4815, 4820, 4825, 4830, 4835, 4840, 4845, 4850, 4855, 4860, 4865, 4870, 4875, 4880, 4885, 4890, 4895, 4900, 4905, 4910, 4915, 4920, 4925, 4930, 4935, 4940, 4945, 4950, 4955, 4960, 4965, 4970, 4975, 4980, 4985, 4990, 4995, 5000, 5005, 5010, 5015, 5020, 5025, 5030, 5035, 5040, 5045, 5050, 5055, 5060, 5065, 5070, 5075, 5080, 5085, 5090, 5095, 5100, 5105, 5110, 5115, 5120, 5125, 5130, 5135, 5140, 5145, 5150, 5155, 5160, 5165, 5170, 5175, 5180, 5185, 5190, 5195, 5200, 5205, 5210, 5215, 5220, 5225, 5230, 5235, 5240, 5245, 5250, 5255, 5260, 5265, 5270, 5275, 5280, 5285, 5290, 5295, 5300, 5305, 5310, 5315, 5320, 5325, 5330, 53